

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntägig. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 21/16. Jahrgang

21. Oktober 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Hohe Strafen im Solinger Prozeß

Aber die politischen Anstifter, Neonazis und VS-Spitzel, blieben unbehelligt

Alle vier Angeklagten im Solinger Mord-Prozeß sind am Freitag letzter Woche verurteilt worden. Fast zweieinhalb Jahre nach dem faschistischen Brandanschlag am 29.5.1993, bei dem fünf türkische Kinder und Frauen umkamen, hat das Oberlandesgericht Düsseldorf verhältnismäßig hohe Haftstrafen verhängt. Die drei Angeklagten, die zur Tatzeit noch Jugendliche waren, erhielten die jeweils höchste Jugendstrafe von 10 Jahren. Der 25-jährige Markus Gartmann erhielt 15 Jahre. Der von der Bundesanwaltschaft erwogenen lebenslänglichen Haftstrafe entging er nur deshalb, weil das Gericht sein Geständnis trotz seines Widerrufs als strafmildernd anrechnete.

Zwei der drei Jugendlichen haben die Tat von Anfang an bis heute geleugnet, der dritte beschuldigte sich als Alleintäter. Das Letzteres nicht stimmen kann, ist vielleicht einer der geklärtesten Punkte. Das Gericht sah keine „durchgreifenden Zweifel“ an der Täterschaft aller vier Angeklagten. Die Familie Genc und ihre Anwälte begrüßten das Urteil. Wie das Gericht sehen sie die Tat als sinnlosen, rassistisch begründeten Mord: „Die jungen Leute, die den Brandanschlag verübten, sitzen im Gefängnis und werden noch lange da bleiben. Wir haben die Schmerzen und die Trauer. Niemand hat einen Vorteil.“

Doch auch wenn tatsächlich vieles dafür spricht, daß die vier Angeklagten an der Tat zumindest beteiligt waren, bleiben die Hintergründe ungeklärt. Der Vorsitzende Richter Steffen bezeichnete den Brandanschlag zwar als eines der schwersten ausländergefeindlichen Verbrechen seit Gründung der BRD. Der Asyl„kompromiß“, der nur zwei Tage vor dem Anschlag vom Bundestag verabschiedet wurde, spielte in der Urteilsbegründung jedoch keine Rolle. Es war jedoch gerade diese Abschaffung des Asylrechts, die faschistische Brandstifter zu einer Welle von Terror gegen die ausländische Bevölkerung ermunterte,

die bis heute nicht abgeebbt ist. Sie legitimierte staatliches Handeln, durch das Menschen durch Abschiebung ihren Folterern und Mördern ausgeliefert werden können, und setzte neue Maßstäbe.

Auch die direkte Verstrickung der Verurteilten in die recht rege Nazi-Szene von Solingen bleibt ungeklärt. Drei der vier trainierten in der Kampfsportschule Hak-Pao, die vom rechtsradikalen Verfassungsschutzspitzel Schmidt geleitet wurde. In ihr verkehrten Mitglieder der DVU, der Deutschen Liga und auch der Chef der verbotenen Nationalistischen Front, der derzeit in Dortmund vor Gericht steht, alles erfahrene, gefestigte Neonazis. Auch nach Auffassung des Gerichts sind die drei in dieser Schule „in ihrer rechten Gesinnung“ bestärkt worden. Doch kann irgend jemand ernsthaft ausschließen, daß es direkte Drahtzieher des Mordanschlages gab, bis heute unbehelligt?

So reiht sich das Urteil ein Stück weit ein in die Reihe der bekannten „Einzel-täter“-Urteile. Solche Täter suchte die ermittelnde Bundesanwaltschaft von Anfang an, solche Täter brauchte die Bundesregierung. Dabei ergeben viele der Ermittlungsspannen durchaus einen Sinn, wenn man davon ausgeht, daß die Bundesanwaltschaft selbst nicht so richtig glauben wollte, daß der rechtsradikale Spitzel Schmidt mit dem Anschlag nichts zu tun hat: Unter den Augen der Polizei wurden die Akten der Hak-Pao-Schule beseitigt, wegen der rüden Vernehmungsmethoden der Polizei laufen mehrere Ermittlungsverfahren.

Vor allem die großbürgerliche, konservative Presse wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* lobt das Urteil und verharmlost die Skandale bei den Ermittlungen ebenso wie die politische Seite der Tat. Bundesaußenminister Kinkel (FDP) sieht den Rechtsstaat bestärkt und will die „deutsch-türkische Freundschaft“ weiter fördern — Kunden müssen diese Aussage als Drohung empfinden. Von gleichen Rechten für Menschen ohne deutschen Paß, wie unmittelbar nach dem Mordanschlag, redet kein Regierungsvertreter mehr. Und die Entwicklung der ausländergefeindlichen Anschläge wird amtlich heruntergerechnet, wie Ulla Jelpke (MdB) kürzlich nachgewiesen hat. — (wof)



Mit landesweiten Streiks setzten sich am 10. Oktober über zwei Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst Frankreichs gegen die Lohnstopp-Politik der Regierung zur Wehr. Allein in Marseille (Bild) demonstrierten 50 000. Siehe auch S. 6.

Knut Folkerts nach 18 Jahren Haft frei

RAF-Gefangener wurde von 80 Menschen vor der JVA Celle begrüßt

Nach 18 Jahren Haft wurde am Montag der RAF-Gefangene Knut Folkerts (43) aus der JVA Celle in die Freiheit entlassen. Abgeholt wurde er von rund 80 Freundinnen und Freunden, die aus verschiedenen Städten angereist waren, um ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen und die Entlassung gemeinsam zu feiern. Neben seinen langjährigen Besucherinnen und Besuchern waren etliche ehemalige RAF-Gefangene anwesend, darunter Karl-Heinz Dellwo und Lutz Tauber, mit denen Folkerts seit Beginn der 80er Jahre die „Kleinstgruppe“ im Celler Hochsicherheitstrakt gebildet hatte.

Seit 1977 war Folkerts in Haft, davon vier Jahre in Einzelisolation, anschließend war er acht Jahre in Kleinstgruppenisolation und insgesamt 15 Jahre in Hochsicherheitstrakten von Stammheim bis Celle. 1977 in den Niederlanden festgenommen, wurde er ein Jahr später an die Bundesrepublik ausgeliefert, wo er wegen der Erschießung des Generalbundesanwalts Buback verurteilt wurde. Die RAF hatte im Rahmen ihrer „Offensive 77“ den Generalbundesanwalt u.a. für den Tod von Holger Meins, Ulrike Meinhof und Siegfried Hausner verantwortlich gemacht.

Um die zerstörerischen Haftbedingungen zu durchbrechen, denen Knut Folkerts wie alle Gefangenen aus der RAF anschließend selbst unterworfen war, beteiligte er sich an einem Dutzend Hungerstreiks — manche bis zur Todesgrenze. Im Hungerstreik der Gefangenen 1984/85 wurde er nur noch 38 Kilogramm wiegend im Koma-Zustand in die MHH Hannover verlegt. „Würde man die Jahre der Einzel- und Kleinstgruppenisolation doppelt anrechnen (wie dies beispielsweise von deutschen

Gerichten bei Untersuchungshaft im Ausland gewertet wird), so käme man auf eine Haftdauer von über 30 Jahren“, erklärte seine Anwältin Ulrike Halm zu den Haftbedingungen, denen ihr Mandant lange Jahre unterworfen war.

Das Entlassungsverfahren hat sich über zwei Jahre hingezogen. Wie die anderen bisher entlassenen Gefangenen hat Knut Folkerts erklärt, daß er nicht mehr zum bewaffneten Kampf zurückkehrt. Vor Knut Folkerts sind in der letzten Zeit Irmgard Möller nach 22 Jahren, Lutz Tauber und Karl-Heinz Dellwo nach 20 Jahren, Christine Kuby nach 17 Jahren entlassen worden. Hanna Krabbe hat ihr Entlassungsverfahren nun auch in Gang gesetzt.

Für die übrigen 11 Gefangenen aus der RAF ist ein Ende der Haft nicht absehbar. „Bei Birgit Hogefeld versucht die Justiz — die agiert als, sei sie im Jahre 1977 —, gegen alle eigenen Beweisschwierigkeiten erneut ein Lebenslänglich durchzusetzen und legt damit die Grundlage, daß es bis zum Jahre 2015 eine Haftfortdauer für einzelne Gefangene aus der RAF gibt“, kritisiert Knut Folkerts Justiz und Politik: „Das Urteil gegen Sieglinde Hofmann und Eva Hauke wurde jüngst auf Lebenslänglich erweitert. Lebenslänglich soll das Standardurteil für Gefangene aus der RAF bleiben. Die Haftbedingungen für Christian Klar drücken aus, daß der politische Verfolgungswille alle Haftzeiten überdauert.“ Knut Folkerts forderte in einem Statement die Freilassung von Christian Klar, Birgit Hogefeld und aller übrigen Gefangenen aus der RAF: „Es muß eine konkrete Perspektive für die Freiheit aller politischen Gefangenen der BRD in absehbarer Zeit geben.“ — (Reinhard Rohde)

Fast eine Million Menschen ohne Wohnung

BAG Wohnungslosenhilfe veröffentlicht neue Schätzung. BAG-Kongreß im November in Erfurt

Etwa 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. für ihre Bundestagung, die vom 6. bis 8. November in Erfurt stattfinden soll, darunter als einen der Gastredner auch Bundeswohnungsbauminister Töpfer. „Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, knapper werdendem Wohnraum, steigender Sozialhilfebedürftigkeit und im Zusammenhang mit der Diskussion um die Zukunft des Sozialstaats steht die Frage nach der Zukunft der Wohnungslosenhilfe auf der Tagesordnung“, heißt es in einer Pressemitteilung der BAG, die 1954 als „Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe“ gegründet wurde und in der private und öffentliche Träger von sozialen Diensten und Einrichtungen für wohnungslose Personen zusammenarbeiten.

Zugleich mit den Materialien zu ihrer Konferenz wies die BAG auch erneut auf die weiter ansteigende Zahl von Wohnungslosen hin. Hier ihre Presseerklärung. — (rül)

920 000 Wohnungslose in 1995

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt die Zahl der Wohnungslosen in den alten und neuen Bundesländern für das Jahr 1995 auf ca. 920 000.

Da die Bundesregierung es bislang versäumt habe, eine gesetzliche Wohnungsnotfallstatistik einzuführen, so der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft, Martin Berthold, könne die ungefähre Dimension nur geschätzt werden. „Wir nehmen aber das Risiko einer Über- oder Unterschätzung des Umfangs der Wohnungslosigkeit so lange in Kauf, bis die Bundesregierung



endlich die Einsicht gewinnt, daß das fehlende Wissen um das Ausmaß der Wohnungslosigkeit und die soziale Zusammensetzung der betroffenen Bevölkerungsgruppe ein gesellschaftspolitischer Skandal ist“, erklärte Martin Berthold.

Die nun veröffentlichte Schätzung

für 1995 basiert auf neueren Einzelstudien sowie eigenen Berechnungen der Bundesarbeitsgemeinschaft. Danach gibt es 110 000 wohnungslose Familien mit Kindern, Paare, Alleinerziehende, insgesamt ca. 400 000 Personen, 184 000 wohnungslose Einzelpersonenhaushalte sowie 336 000 wohnungslose Aussied-

ler in Aussiedlerunterkünften. Nach einer groben Schätzung muß damit gerechnet werden, daß sich unter den gut 580 000 wohnungslosen Personen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten (ohne Aussiedler) 180 000 Kinder und Jugendliche befinden sowie ca. 170 000 Frauen. Relativ zuverlässige Angaben zum Frauenanteil an den Wohnungslosen lassen sich aber nur für die Teilgruppe der 184 000 wohnungslosen Einzelpersonenhaushalte machen, und zwar auf der Basis einer BAG-eigenen Statistik. Danach ist der Anteil der Frauen an den wohnungslosen Einzelpersonenhaushalten von ca. 10 % im Jahr 1991 auf 15 bis 20 % im Jahr 1995 gestiegen, dies entspricht mindestens 27 000 bis 37 000 Frauen.

Für die ostdeutschen Bundesländer schätzt die BAG ca. 43 000 Wohnungslose (ohne wohnungslose Aussiedler). Allerdings ist eine Aussage über die soziale Zusammensetzung in den neuen Bundesländern aufgrund fehlender Datenbasis nicht möglich.

Während Mehrpersonenhaushalte nach dem Wohnungsverlust in der Regel mit Notunterkünften versorgt werden, gilt dieses nicht für Einzelpersonenhaushalte. Sie werden zum großen Teil auf die Übernachtungsasyle oder sozialen Einrichtungen verwiesen, sich selbst überlassen oder gar abgeschoben. Von den 184 000 wohnungslosen Einzelpersonenhaushalten sind inzwischen ca. 15 bis 20 %, d.h. ca. 30 000 bis 35 000 Personen, ohne jede Unterkunft und leben auf der Straße, darunter 3 000 bis 4 000 Frauen.

Quelle: Pressemitteilung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (Postfach 130148, 33544 Bielefeld, Tel. 0521, 1443613) vom 25. 9. 1995

AKTUELL IN BONN

Klage zum neuen Asylrecht

Am 21. November will das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über zahlreiche in den vergangenen Monaten eingereichte Verfassungsklagen gegen das neue Asylrecht entscheiden. Nach der Pressemitteilung des Senats wird es in dieser Entscheidung u.a. um die Verfassungsmäßigkeit der sogenannten „Drittstaatenklausel“ und der „Flughafenregelung“ gehen. Bei der Drittstaatenklausel entscheidet nicht der Fluchtgrund — also die Gefahr für Leib und Leben — sondern allein der Fluchtweg, ob der Flüchtling womöglich wieder abgeschoben wird. Die „Flughafenregelung“ erlaubt u.a. die Abschiebung von Flüchtlingen bereits nach einem sog. „Verfahren“ im Transitbereich des Flughafens und einem ersten Urteil des Verwaltungsgerichts selbst dann, wenn diese Urteilsgründe noch gar nicht schriftlich vorliegen.

PDS: „Importabgabe“ bei Energie

Die PDS-Bundestagsgruppe hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Kohleverstromung kritisiert und u.a. eine Importabgabe auf Energieimporte und eine Mengenbegrenzung dieser Importe verlangt. „Dies ist schon im Sinne einer Beschränkung des weltweiten Transportes und des Handels von Rohstoffen unabdingbar und muß mit einer Importabgabe auf fossile Energien gekoppelt werden, welche die Differenz zwischen Weltmarktpreisen und höheren Binnenmarktpreisen ab-

schöpfen. Damit ständen auf kurze und mittlere Sicht Mittel für einen energiewirtschaftlichen Strukturwandel und zur Stützung der regional verfügbaren Energieträger zur Verfügung“, heißt es in einer Erklärung des Büros des Abgeordneten Rolf Köhne. Niedrige Weltmarktpreise begünstigten Energieverschwendung und verschärften das Klimaproblem. Stattdessen sollten regional und kommunal verfügbare Energieträger gestützt werden.

ARD soll bleiben

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 13. und 14. Oktober auf einer Klausurtagung „weitgehende Einigung“ über ihre künftige Rundfunkpolitik erzielt. Die Absicht der Regierungen von Bayern und Sachsen, Stoiber und Biedenkopf, die ARD zu zerschlagen, sei damit „vom Tisch“, heißt es in der Presse. Stattdessen soll 1999 eine „Strukturreform“ eingeleitet werden. Außerdem wollen die Ministerpräsidenten die Konzentration bei den privaten Medienanstalten stärker verfolgen und dazu eine „Konzentrationsermittlungskommission“ einrichten. Am 14. Dezember soll eine Tagung über eine Neuordnung dieser Konzentrationsgrenzen beraten.

Längere Fristen bei „DDR-Unrecht“

Die Regierungsparteien, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen gemeinsam die Fristen für die Rehabilitierung von „Opfern des DDR-Unrechts“ verlängern. Das haben die Vorsitzenden

der Petitionsausschüsse von Bund und Ländern nach einer gemeinsamen Tagung verkündet. Nach Verabschiedung des sogenannten „SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes“ hatte die Regierung auf eine Welle von Rehabilitierungsklagen von Leuten gerechnet, die in der DDR angeblich zu Unrecht beruflich benachteiligt wurden. Statt der erwarteten rund 70 000 Klagen seien bisher aber erst 29 000 Klagen eingegangen, verkündete die Vorsitzende des Bundestags-Petitionsausschusses, die Abgeordnete Christa Nickels (Bündnis 90/Grüne). Man wolle deshalb die Klagefristen über das Jahr 1995 hinaus verlängern.

Waigels Haushaltskrise

Am 23. bis 26. Oktober will der Haushaltsausschuß des Bundestages seine Schlußberatungen über Waigels Haushalt für 1996 durchführen. Vor kurzem hatte Waigel eine um mindestens 10 Mrd. DM höhere Neuverschuldung für 1995 und 1996 angekündigt — die Steuereinnahmen seien niedriger als erwartet. Jetzt sollen weitere Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe, Stellenstreichungen bei Bundesbehörden, ein rascher Verkauf der Postbank und andere Notmaßnahmen den Regierungshaushalt schönen. Von einer Kürzung des Rüstungshaushalts ist keine Rede. Ziel sei es, so die Regierungsparteien, die Neuverschuldung „unter 60 Mrd. DM“ zu halten. Diese zusätzliche Verschuldung des Bundes binnen eines Jahres liegt damit höher als die gesamte

Schuldenaufnahme des Kabinetts Adenauer in dessen knapp 12 Regierungsjahren.

5000 Mann nach Bosnien?

Die Bundesregierung ist bereit, bis zu 5000 Soldaten zur sogenannten „Friedenstruppe der NATO“ auf den Balkan zu entsenden. Dazu sollen Logistik-Transport-, Pionier-, Sanitäts- und Fernmeldeeinheiten gehören, zusätzlich zu den schon jetzt entsandten Luftwaffen- und Marineeinheiten. Damit wären mit Ausnahme von Infanterie und Panzertruppen praktisch alle Bereiche der Bundeswehr auf dem Balkan präsent. Die Bundeswehr solle aber nicht auf bosnischem Gebiet stationiert werden, heißt es. Also kommen sie nach Kroatien. Tudjman wird sich freuen über diese Aufwärmung alter, in zwei Weltkriegen erprobter „deutsch-kroatischer Waffenbrüderschaft“.

Was kommt demnächst?

Am 20. Oktober verhandelt die Bundesregierung mit Vertretern der Gemeinden über die angeblichen „Altschulden“ der Ostkommunen. Am 21. Oktober verhandeln die EU-Umweltminister in Madrid. Am 22. Oktober sind Wahlen in Berlin. Vom 23. bis 26. Oktober will der Haushaltsausschuß des Bundestages die Beratungen über den Bundeshaushalt 1996 abschließen. Vom 14. bis 17. 11. ist SPD-Bundestag. Am 21. November entscheidet das Bundesverfassungsgericht über Verfassungsklagen gegen das neue Asylrecht.

„Geld ist genug da“

In Hamburg trifft sich der 3. Sozialpolitische Ratschlag über Reichtum in Deutschland

Ein Bündnis aus Gewerkschaften bzw. -mitgliedern und linken Parteien, Initiativen und Zeitschriften ruft für November nach Hamburg zu einem „sozialpolitischen Ratschlag“ besonderer Art: Nicht über Armut, über Reichtum soll beraten werden. Ort der Handlung: Die Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von Melle-Park 9, Hamburg. Zeit: Vom 17 bis 19. November. Hier der Aufruf. — (rül)

Warum dieser Kongreß?

Sozialleistungen werden gekürzt, Bildungs- und Kulturetats beschnitten, Umweltschutz und Entwicklungshilfe eingeschränkt. Zugleich wächst die Verschuldung des Staates. Die Kommunen sehen sich gezwungen, Aufgaben zu reduzieren und öffentliches Eigentum zu veräußern, um Haushaltslöcher zu stopfen.

Die Bürgerinnen und Bürger erfahren tagtäglich über alle Medien: „Es muß gespart werden.“ Viele Politiker und sogar manche Gewerkschafter haben längst verinnerlicht: „Es muß gespart werden.“ Wer noch Forderungen an den Staat und an die Unternehmen richtet oder sich auch nur für die Be-



wahrung gesellschaftlicher Errungenschaften einsetzt, bekommt zu hören „Es muß gespart werden.“ Kaum wagt

noch jemand zu fragen, wofür denn gespart wird. Und nirgendwo in der öffentlichen Debatte hört man den Ein-

wand, daß doch Produktivität und Produktion in Deutschland weiterhin wachsen und insofern eigentlich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse möglich sein müßte.

Wer spricht vom realen Reichtum in Deutschland?

Ein als schicksalhaft suggerierter Sparzwang schüchtert die Menschen ein, lähmt die soziale Phantasie und Verantwortung, bedroht die Demokratie und die Humanität. Daher erscheint es dringend erforderlich, die Umverteilung von unten nach oben, ihre Mechanismen und ihre Konsequenzen zum Thema zu machen.

Zu sprechen ist über die Milliarden-gewinne der Banken und Versicherungen, der Chemie- und Energiekonzerne, über die Milliardenaufwendungen für den Aufkauf von Firmen im Ausland. Über den einträglichen Rüstungsexport, über die Ellenbogenmoral und ihre neoliberalen Theoretiker und Propagandisten.

Der Kongreß „Geld ist genug da“ soll dem politisch-ideologischen Druck entgegenwirken und dazu anregen, in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen zu denken und wieder Freiräume für politisches Handeln zu entdecken.

Programm

Freitag, 17. November 1995

Ab 17.00 Uhr Anmeldung
18.00 bis 21.00 Uhr Eröffnungsplenum

Begrüßung:

Eckart Spoo (Hannover)
Grußwort des DGB Kreises Hamburg, Erhard Pumm (1. Vorsitzender)
Grußwort der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Prof. Dr. Lothar Zechlin (Präsident)
Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster (Bochum): Wieviel soziale Distanz braucht und verträgt die Gesellschaft?
Dr. Stefan Welzk (Bonn): Mechanismen der Umverteilung und die Ruinierung des öffentlichen Wohlstands
Prof. Rainer Roth (Frankfurt a.M.): Wie der Staat die Reichen immer reicher macht

Sonabend, 18. November 1995

Ab 9.00 Uhr Anmeldung
9.30 bis 11.00 Uhr und 11.30 bis 13.00 Uhr Plenum

Kurzreferate (jeweils mit Diskussion)

Prof. Dr. Jens Dangschat/Ulrich Podszuweit (Hamburg): Reichtum und Armut in Hamburg
Prof. Dr. Jörg Hufschmid (Bremen): Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals — aktuelle Tendenzen
Dr. Fred Schmid (München): Finanzspekulation
Klaus Mehrens (IGM, 1. Bevollmächtigter Verwaltungsstelle Hamburg): Der Fall DASA — Flucht oder organisierte Erpressung?
Otto Köhler (Hamburg): Die Macht der Reichen — dargestellt am System Metro/Kirch
Andrea Weinert (Hannover): Reichtum ist männlich

13.00 bis 14.30 Uhr Mittagpause

14.30 bis 18.30 Uhr Arbeitsgruppen

AG 1: Neoliberalismus, Sozialdarwinismus, Wertewandel — Die Denkbriken der Reichen

Mit Raimund Hethey (Oldenburg), Prof. Dr. Herbert Schui (Hamburg), Dr. Harald Werner (Bremen)

AG 2: Krieg gegen die Armen? Die Aktualität des Imperialismus (Nord-Süd/ West-Ost)

Mit Folker Fröbel, (NGG-Hauptverwaltung, Hamburg), Wolfram Frommlet (Köln), Prof. Dr. Wolfgang Schöller (Hamburg), Prof. Dr. Klaus Steinitz (Berlin)

AG 3: Wirtschaftskriminelle Bereicherung

Mit Rainer Butenschön (Hannover), Dieter Schenk (Frankfurt a.M.), Prof. Dr. Hans See (Frankfurt a.M.)

AG 4: Banken und Versicherungen

Mit Klaus Carlin (HBV-Hauptvorstand, Düsseldorf), Hinrich Feddersen (HBV Hamburg), Prof. Dr. Udo Reifner (Hamburg), Dr. Manfred Sohn (Hannover)

AG 5: Verschleierung des Reichtums — Geld, Medien, Schule

Mit Kersten Artus (Hamburg), Horst Bethge (Hamburg), Heinrich Bleicher-Nagelsmann (IG Medien Hauptvorstand, Stuttgart), Otto Köhler (Hamburg)

AG 6: Zerstörung des Sozialstaats

Mit Andreas Bachmann (MdBü Hamburg) Prof. Dr. Christoph Butterwege (Potsdam), Dr. Heidi Knake-Werner (MdB, Bonn), Prof. Dr. Harald Mattfeld (Hamburg)

AG 7: Boden- und Bau-Spekulation, Kommunalpolitik

Mit Dr. Eberhard Dähne (Frankfurt a.M.), Susanne Uhl (MdBü, Hamburg)

AG 8: Reichtum aus Elend — wie an den Armen verdient wird

Mit Dieter Hummel (Berlin)

20.00 Uhr: Kulturprogramm

Der Gott Reichtum. Ein literarisch-historischer Streifzug. Von und mit Rolf Becker.

Sonntag, 19. November 1995

9.30 bis 13.00 Uhr Schlußplenum
Mechtild Jansen (Köln): Gegen die Verteufelung des Reichtums

Prof. Dr. Ulrich Zachert (Hamburg): Recht und soziale Gerechtigkeit
Podiumsgespräch mit: Dr. Joachim Bischoff (Hamburg); Edelgard Bulmahn (MdB, Hannover); Prof. Dr. Christoph Butterwege (Potsdam); Kerstin Müller (MdB, Bonn); Erhard Pumm (Vors. DGB Kreis Hamburg), Gisbert Schlemmer (Vors. Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Düsseldorf); Prof. Dr. Hans See (Frankfurt a.M.)

Technische Hinweise

Anmeldung/Vorbereitungsbüro:
Sozialpolitischer Ratschlag, c/o IG Medien Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel. (040) 2858513, Fax (040) 2858524
E-mail:
IG-Medien-HH@CL-HH.comlink.de

Tagungsbeitrag: DM 30,- für Rentner, Schüler und Studenten, Erwerbslose, Wehr- und Zivildienstleistende DM 15,- DM
Bitte bei Einlaß entrichten.

Übernachtungsmöglichkeit:

Hamburger Fremdenverkehrszentrale, Burchardstr. 14, Postfach 102249, 20015 Hamburg, Tel. (040) 30051-380, Fax (040) 30051253.

Preiswerte Hotels können auch wir in begrenztem Umfang vermitteln. Bitte gewünschte Preiskategorie angeben und rechtzeitig vorbestellen.

Es stehen auch wenige Privatquartiere bei Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung.

Verpflegung:

Studentencafe „Knallhart“ in der HWP (Kaffee, Kuchen, Imbiß). Es stehen ausreichend Restaurants in der Umgebung des Campus zur Verfügung.

Materialien:

Bei der Anmeldung wird eine Konferenzmappe mit Referaten, Thesen etc. ausgegeben. Nach Abschluß der Konferenz erscheint ein zusammenfassendes Buch im Distel Verlag, Heilbronn.

Anreise:

Der Konferenzort liegt in der Nähe des Bahnhofs Dammtor (Intercity, Fern-, S-Bahn) und des Messegeländes im Hamburger Campusgelände. Mit PKW Schildern „Messegelände“, „Kongreß-Centrum“ folgen.

Kinderbetreuung:

bei rechtzeitiger Anmeldung (bis 1.11.) möglich.

Spenden:

Die Reichen, die Großunternehmen und das Bundeswirtschaftsministerium sponsern diese Konferenz natürlich nicht. Sie wird durch Teilnehmerbeiträge und Zuschüsse der unterstützenden Organisationen finanziert. Spenden sind ausdrücklich erbeten. Bitte auf das Konto IG Medien, Postbank Hamburg, BLZ 200100 20, Kto-Nr. 125331 208 einzahlen.

Es rufen auf bzw. laden ein:

Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit — Bürgerinitiative für Sozialismus (gegr. 14.7.1989 in Hannover), mit Unterstützung vom DGB Kreis Hamburg, Arbeit und Leben Hamburg, HBV Ortsverwaltung Hamburg, GEW-Hamburg, IG-Medien Hamburg, NGG-Hauptvorstand, GHK-Hauptvorstand, Gruppe ZAS, Zeitschrift „Sozialismus“, GAL-Bürgerschaftsfraktion, PDS/Linke Liste Hamburg, SPD Kreis Eimsbüttel

Klage „Niermann-Stiftung gegen Krautgarten“

Kurt Heiler über die Klage der Stiftung und ihre pangermanistischen Umtriebe in Belgien

Die über 100 Millionen DM schwere Hermann-Niermann-Stiftung hat Klage gegen den Herausgeber der Literaturzeitschrift *Krautgarten*, Bruno Kartheuser erhoben. Von Faschisten gegründet, den faschistischen Terror finanzierend und zuletzt im Dienste der „Neuen Rechten“ alimentierend, steht die Stiftung nach jahrelangem Wirken im Hinter- und Untergrund nunmehr im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Berichte im *Spiegel*, *Die Zeit*, im Fernsehmagazin „Zack“, der *FR*, Anfragen im Bundestag durch Abgeordnete der Grünen und der PDS, Vertuschungsversuche von Regierungsseite und ein langes Schweigen des zuständigen Innenministers von NRW sind Etappen dieser Auseinandersetzung.

Die Niermann-Stiftung klagt gegen ihre KritikerInnen

Allerdings nur im Ausland, also dort, wohin sie das meiste Geld für ihre pangermanistischen Zwecke transferiert und sie hoffen kann, daß sich diese Zahlungen auszahlen. Einer der mutigsten Kritiker, der Herausgeber der qualitativ bemerkenswerten Literaturzeitschrift *Krautgarten*, Bruno Kartheuser, mußte sich jetzt vor einem belgischen Gericht in Eupen verantworten. Ihm wurden zahlreiche Zitate vorgehalten, die die Stiftung dort verorten, wo sie tatsächlich steht, mitten im Lager der „Neuen Rechten“, deren pangermanischen Arm sie sich mit dem Verband für das Deutschtum im Ausland teilt.

Die Klage wurde direkt aus dem Bundesinnenministerium des Inneren initiiert. Der Vorstandsvorsitzende Ministerialrat Uwe Stiemke, Sozialdemokrat, verknüpfte schon 1987 bei seinem Amtseintritt seine berufliche Tätigkeit als im Innerdeutschen Ministerium zuständiger Mensch für deutsche Minderheiten im Ausland mit Schwerpunkt Dänemark und Belgien mit der 100-Millionen-Stiftung. Immer noch ist dieser Umstand nicht als der Skandal an sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit, mischt sich doch ein hoher Beamter der Bundesregierung amtlich und privat in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Staates ein.

Ministerialrat Stiemke muß entlassen werden!

Das Gericht in Eupen entschied die Klage der Niermann-Stiftung mit einem salomonischen Urteil. Die Forderung von Stiemke und Co., 500.000 belgische Franken wegen „Rufmords“ zu zahlen, wurde auf 1 symbolischen Franken heruntergeschraubt. Das Gericht meinte tatsächlich, Kartheuser habe „die Grenzen des erlaubten Meinungsjournalismus überschritten“, wofür im Urteil leider jeder Beweis fehlt. Das Urteil bedeutet zunächst auch, daß die kleine Literaturzeitschrift *Krautgarten* die Kosten des Verfahrens tragen muß, sowie die Kosten für die Veröffentlichung des Urteils. Das ist bedauerlich und es wirft auch die Frage der Revision auf, die noch nicht beantwortet ist.

Wichtig für die politische Auseinandersetzung ist zum einen, daß die vom Gericht erzwungene Veröffentlichung des Urteils zu 50 % aus den Zitaten besteht, mit denen Kartheuser die Stiftung kritisiert hat. Das bedeutet, daß nunmehr nochmal eine breite Öffentlichkeit mit vielen delikaten Argumenten gegen die Stiftung munitioniert

wird. Noch wichtiger für die Stiftung aber werden die Ausführungen des Gerichtes zur Person des Vorstandsvorsitzenden und Ministerialrats Uwe Stiemke werden.

Die beiden anderen Kläger neben Stiemke sind der langjährige Geschäftsführer und jetzige stellvertretende Vorstandsvorsitzende Lorenz Paasch und der stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende Josef Dries, beide Partei der deutschsprachigen Belgier. Im folgenden zitieren wir eine ausführliche Passage aus dem Urteil, damit niemand den Vorwurf erheben kann, es würden Zitate aus dem Zusammenhang gerissen.

„Auch das Argument, Dr. Burger sei zu keinem Zeitpunkt Mitglied der Stiftung gewesen, ist keineswegs stichhaltig. Wie schon erwähnt, hat Dr. Burger die Verhandlungen zur Gründung der Stiftung geführt und bewußt kein Mandat angenommen. Tatsächlich jedoch

Paasch nur zögerlich an der Aufdeckung der tatsächlichen Vorgänge mitgearbeitet. Seinerseits hat der Kläger Stiemke — wie dies eindeutig aus den Unterlagen hervorgeht — wiederholt wider besseres Wissen Unwahrheiten verlauten lassen, ohne daß er je — selbst im vorliegenden Verfahren — erklärt hätte, wem diese Vertuschungsversuche nutzen sollten, bzw. welchen Zweck er damit verfolgte. So behauptet er z.B. 1988, der Verwaltung der Stiftung habe stets eine ordnungsgemäße Buchführung zugrunde gelegen, obwohl schon der Bericht des Sachwalters Tondorf das Gegenteil besagt. Auch seine Aussage, von der Existenz der Stiftung erst 1987 Kenntnis erhalten zu haben, steht im krassen Widerspruch zu der Aussage des Klägers Paasch in dem schon zitierten Brief vom 19. Mai 1987, worin dieser von einer versteckten Unterstützung der PDB sprach, deren Gründe der Regierungsdirektor Stiemke gekannt ha-



hat er größten Einfluß auf die Entscheidungen gehabt. Entgegen der Meinung der Kläger ist dieser Punkt, der die Zeit vor 1987 betrifft relevant, da die Kläger Paasch und Dries zu diesem Zeitpunkt Verantwortliche einer Partei waren, die durch die Stiftung widerrechtlich gefördert wurde. Es muß also festgestellt werden, daß beide Kläger Kontakt zu der Stiftung hatten, als diese rechtsextrem ausgerichtet war und von dieser für ihre Partei versteckte Gelder annahmen, die offiziell für das InED, dem der Kläger Paasch ebenfalls angehörte, bestimmt waren. In diesem Zusammenhang ist auch ein Brief vom 19. Mai 1987 des InED, unterschrieben u.a. vom Kläger Paasch, an den Sachwalter Dr. Tondorf zu erwähnen, in dem unter Punkt 5.1. zugehoben wird, daß „auf Wunsch der Verantwortlichen der PDB die Partei als solche nicht ausdrücklich erwähnt, sondern unter der allgemeinen Bezeichnung Autonomiekampagne geführt wird. Dies aus verständlichen politischen Gründen, die dem zuständigen Beamten im innerdeutschen Ministerium, Herrn Regierungsdirektor Stiemke, bekannt waren...“

Aus diesem Brief geht hervor, daß der Kläger Stiemke bestens über diesen aus der Sicht des deutschen Rechts illegalen Geldfluß informiert war. Unklar bleibt, wofür der Kläger Stiemke in diesem Zusammenhang zuständig war. Aber auch nach Eintritt in die Stiftung im Jahre 1987 ist das Verhalten der Kläger zweideutig. Nach den Feststellungen von Unregelmäßigkeiten durch den Sachwalter Dr. Tondorf hat der Kläger

be. Dieses Verhalten vor und nach 1987 ist zumindest eigenartig für Personen, die für sich beanspruchen, die Stiftung vollkommen gesäubert zu haben und es kann dem Beklagten Kartheuser nicht angelastet werden, daraufhin deren Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen.“

Es wird also einem hohen Beamten des ehemals innerdeutschen Ministeriums, jetzigen hohen Beamten des Innenministeriums von einem unabhängigen Gericht vorgeworfen, ein notorischer Lügner zu sein, in kriminelle Machenschaften verstrickt zu sein, dies bis heute vertuschen zu wollen und auch nach 1987 ein „eigenartiges Verhalten“ in Bezug auf unser westliches Nachbarland Belgien an den Tag gelegt zu haben.

Unserer Meinung nach muß Herr Stiemke umgehend aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden. Ein Disziplinarverfahren muß von Amts wegen eingeleitet werden.

Die nächsten Schritte

1. Die Kritik des Eupener Gerichts an der Stiftung und den Verantwortlichen ist verheerend und trotzdem deckt sie nicht mal ein Drittel der Kritik ab, wie sie bisher auch von uns vorgetragen wurde. In der Analyse von Aktivitäten der Stiftung dürfen wir also nicht nachlassen.

2. Der Gerichtsentscheid gibt die Möglichkeit, im Bundestag und im Landtag den Verantwortlichen in den Regierungen neue unbequeme Fragen zu stellen.

Vor allem möchten wir als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten NRW wissen, in welchem Recht schon Minister Schnoor und auch sein Nachfolger Kniola dringenden Briefe unserer Organisation in dieser Sache nicht mal beantwortet.

3. Es muß weiterhin die vollständige Auflösung der Stiftung gefordert werden. Es zeigt sich immer deutlicher, daß alle Rechtfertigungsversuche, alle Versuche, die KritikerInnen totzuschweigen oder sie einzuschüchtern, fehlschlagen. Die Stiftung zeigt sich unreflexionierbar.

4. Es muß dringend Solidarität mit den vom deutschen Innenministerium verfolgten Literaten geübt werden. Der finanzielle Einfluß der Stiftung in Ostbelgien ist derart exorbitant, daß Herr Kartheuser noch während der Verhandlung seine Stellung als Literaturbeauftragter verloren hat. Die Förderung der Literaturzeitschrift *Krautgarten* so eingestellt werden.

Dagegen kann mensch folgendes unternehmen:

a) schreiben Sie an den in Belgien zuständigen Minister Schröder, Klötzle, Bahn 32, B-4700 Eupen ungefähr in diesem Sinne:

„Sehr geehrter Herr Minister, mit Entsetzen haben wir vernommen, daß der im In- und Ausland bekannte Literaturbeauftragte Ihrer Gemeinschaft Herr Bruno Kartheuser, zum Ende des Jahres entlassen wird. Wir sehen die Maßnahme im eindeutigen Zusammenhang mit der Kritik von Kartheuser an der Hermann-Niermann-Stiftung und deren Verbündeten in Ostbelgien. Wir protestieren gegen diese repressive Maßnahme und bitten Sie, dem Druck des vielen deutschen Geldes nicht nachzugeben. Auch die Förderung der von uns sehr positiv bewerteten Zeitschrift *Krautgarten* bitten wir weiterzuführen. Die Zeitschrift war bisher ein Markenzeichen Ihrer Region und soll auch bleiben. Sie auf dem Altar der Niermann-Stiftung zu opfern, wäre ein schlechtes Zeichen für die politische Kultur in Europa.“

b) Mit der Entlassung von Kartheuser geht einher die Einstellung jeder Förderung der Literaturzeitschrift *Krautgarten*. Es käme jetzt darauf an, daß einzelne Menschen ein Abo der Zeitschrift zeichnen. 4 Hefte kosten DM 45,00. Für Organisationen aus dem politischen oder literarischen Bereich käme in Frage, mit einem größeren Geldbetrag das Erscheinen von ein oder zwei Notausgaben zu fördern. In der dann entstehenden Atempause könnten die HerausgeberInnen in Ruhe ein tragfähiges Modell auf lange Sicht entwickeln.

Vor allem aber wäre es ein Zeichen, daß das braune Geld der Niermann-Stiftung nicht alles bewegen kann, nicht alles andere plattmachen darf und so die Kraft weniger Mächtiger die Solidarität der vielen entgegengesetzt wird.

Die Kontonummer für Prozeßkostenhilfe, Abo-Gebühren oder Fördermittel (jeweils Zweck angeben) lautet:

Krautgarten St. Vith:
Raiffeisenbank Bleialf e.G.
BLZ 57069632, Konto Nr. 3132658.

Bestelladresse für Abos und Entgegennahme von Solidarität:
Krautgarten — Forum
für junge Literatur,
Neundorf 30, B-4784 St. Vith.

Kurt Heiler ist Sprecher der VVN-BdA Aachen.

Gegen Niedriglöhne, Regierung und IMF!

Große Streikbewegung im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben der Türkei

Daß die neugebildete Regierung Ciller in der Türkei nach wenigen Tagen parlamentarischer Unterstützung durch die Partei der faschistischen „Grauen Wölfe“ (MHP) und die Partei des früheren Sozialdemokraten und Zypern-Besetzers Ecevit am vergangenen Sonntag bei der ersten parlamentarischen Vertrauensabstimmung scheiterte, ist auch ein Ergebnis der großen Streikbewegung in der Türkei.

Im Kampf gegen die Niedriglohnpolitik der Regierung hat sich in den vergangenen Wochen eine der größten Streikbewegungen seit dem Militärputsch von 1980 gebildet. Mehrere hunderttausend Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Betrieben beteiligen sich an den Aktionen, die weitgehend von den Gewerkschaften des – sonst dem Regime und den Militärs eng verbundenen – Gewerkschaftsbundes Türk-Is getragen werden.

Am Tag der Parlamentsabstimmung demonstrierten erneut ca. 15000 Gewerkschaftsmitglieder in Ankara gegen das letzte Lohnangebot der Regierung. Nach Presseberichten will die Regierung lediglich eine Lohnanhebung um ca. 17 Prozent zugestehen, bei einer Teuerungsrate von über 120 Prozent.

Wie es jetzt nach dem Rücktritt Cillers weitergeht, ist offen. Die Regierung will angeblich rasche Neuwahlen. Das Militär wird sicher versuchen, die Streikbewegung bis dahin niederzuwerfen, womöglich unter Anwendung der Anti-Streik-Bestimmungen der von den Militärs diktierten „Verfassung“ von 1982.

Hier eine kurze Übersicht über die Streikbewegung, insbesondere über die Entwicklungen seit dem 20. September, zusammengestellt von der Nachrichtenagentur DEM. — (rül)

21. September

Nachdem Regierungsvertreter auf 5,4 % Lohnerhöhung bestanden haben, ist es an vielen Arbeitsplätzen zu Streiks gekommen. Um diese Aktionen zu unterstützen, haben Türk-Is und Yol-Is ebenfalls den Streik ausgerufen. An der Streikundgebung haben sich Gewerkschaftsvertreter und auch Arbeiter der Nakliyat-Is, die zur DISK gehört, beteiligt. In einer Erklärung des Gebiets-Gewerkschaftsvertreter der Türk-Is in Istanbul, Faruk Büyükkucak, heißt es: „Der Staat versucht, uns einige Rechte, die sogar während des 12.-September-Putsches (der Militärs 1980, d. Red.) nicht angetastet wurden, zu nehmen. Während die Inflationsrate für 1994 bei 125 % liegt, wird für 1995 eine Lohnerhöhung von 5,4 % vorgeschlagen. Die Berechnungen, die der Staat in Bezug auf die Forderungen von Türk-Is gemacht hat, sind unrealistisch.“

Wenn die Streiks verschoben werden, werden die Arbeiter keine Arbeit aufnehmen und die Streiktage nicht zu Hause, sondern auf den Straßen unseres Landes verbringen. Türk-Is wird sich dem IMF (Weltwährungsfonds, d. Red.) und seinen Handlangern in der Türkei nicht ergeben.“

Die Vertretung der Partei der Demokratie des Volkes (HADEP) in Diyarbakir erklärt sich solidarisch mit den Streiks, die von der Türk-Is durchgeführt werden.

22. September

7500 Arbeiter, die in Baustellen arbeiten, sind in den Streik getreten. Mit der Beteiligung von weiteren 150000 Arbeitern, die Mitglieder der Yol-Is, Genel

Maden-Is, Seker-Is und Tez-Koop-Is sind, ist die Anzahl der Streikenden auf 185000 angestiegen.

In Diyarbakir und verschiedenen anderen Städten sind 10000 Arbeiter in den Streik getreten.

In der Erklärung der CHP (Republikanische Volkspartei) heißt es, die CHP unterstütze nicht die Verschiebung der Streiks, aber es sei nicht auszuschließen, daß dies die neue Regierung tut.

Der Vorsitzende der Türk-Is, Bayram Meral, bringt die Beendigung der Regierungskoalition mit den Streiks der Arbeiter in Verbindung und bewertet dies als einen Erfolg.

Mustafa Basoglu, Vorsitzender der Saglik-Is und zugleich Berater des türkischen Staatspräsidenten Süleyman Demirel, hingegen bewertet die Einstellung Merals als falsch. Die CHP hätte in der Regierung bleiben sollen, um sich dort für die Arbeiter einsetzen zu können.

Basoglu besteht für die ersten sechs Monate auf einer Lohnerhöhung von 55 %, wobei in den darauf folgenden sechs Monaten eine Lohnerhöhung ent-

Faust zusammenballen.“ Parolen der Arbeiter sind: „Regierungs-Rücktritt, Nieder mit dem IMF, es lebe die unabhängige Türkei!“

25. September

Unterdessen kam es an verschiedenen Tagen zu Inhaftierungen und vorübergehenden Entführungen von Gewerkschaftsvertretern. So wurde in den letzten Tagen Mehmet Özgül (Istanbul) einige Tage lang inhaftiert, Fevzi Aslan, Vertreter der Liman-Is in Mersin, wurde von ungekannten Personen entführt und später wieder freigelassen. In seiner Erklärung zu dem Vorfall heißt es, er sei von den Personen, die ihn entführt haben, geschlagen und bedroht worden.

Mit der Beteiligung des Vorsitzenden der DISK, Ridvan Budak, wird heute die DISK mit einer Zeremonie den Streik beginnen. Nach der Zeremonie sollen Arbeitsplätze, in denen Arbeiter der Türk-Is in den Streik getreten sind, besucht werden.

29. September

Beamte der Haber-Sen in Istanbul sind



sprechend der Inflationsrate erfolgen soll.

Das offiziell noch nicht bekanntgegebene Angebot des Staatsministers Bekir Sami Dace erscheint in der Presse. Dem Angebot zufolge soll für die ersten sechs Monate eine Lohnerhöhung von 25 % und in den darauf folgenden sechs Monaten eine Lohnerhöhung von 20 % erfolgen.

24. September

160000 Arbeiter sind im Streik; diese Zahl soll sich in den kommenden Tagen auf 200000 vergrößern.

Der Streik in der Zuckerfabrik zeigt große Wirkung: Eine Vereinbarung, die der türkische Minister für Industrie und Gewerbe mit den Streikenden der Zuckerfabrik getroffen hat, wird von der Ministerpräsidentin Tansu Ciller nicht unterzeichnet, wobei der Zuckervorrat bei einem weiteren Streik höchstens zwei Tage reichen soll. Die Situation spitzt sich zu. Türk-Is kündigt die Fortsetzung der Streiks an.

560 Mitglieder der DISK treten im Gesundheitsministerium und in der Birsik-Metal in den Streik.

Arbeiter der Liman-Is sind in den Streik getreten. Der Vorstandssprecher der Liman-Is in Mersin erklärt: „Man lebt nur zufällig in diesem Land. Die Inflationsrate steigt täglich an, im Südosten werden Menschen brutal ermordet und Dörfer werden niedergebrannt. In dieser Zeit müssen wir uns zu einer

in einen Warnstreik getreten. In mehreren Orten finden Demonstrationen statt, in Istanbul eine Demonstration der Haber-Sen, Arbeiter der Petrol-Is machen eine Protestversammlung in Izmir. 500 Arbeiter der Liman-Is legen symbolisch einen schwarzen Kranz vor das Parteigebäude der CHP (Republikanische Volkspartei) in Mersin.

2. Oktober

Ministerpräsidentin Ciller weigert sich weiterhin, die Vereinbarung des Staatsministers für Industrie und Gewerbe mit der Zuckerfabrik zu unterzeichnen, vor allem, weil es ihr mißlungen ist, die Streiks zu verschieben. Inzwischen hat sich der Nationale Sicherheitsrat (MGK) eingeschaltet. In einer Versammlung des MGK am 28. September heißt es in einem Beschluß, die Streiks in den strategisch wichtigen Bereichen sollten verschoben werden.

An den Streiks sind die folgenden Gewerkschaften beteiligt:

Genel Maden-Is (Bergbau):	45000
Türkiye Maden-Is (Bergbau):	31000
Tarim-Is (Agrar):	23000
Türk-Metal (Metall):	24000
Yol-Is (Straßenbau):	113500
Demir Yol-Is (Eisenbahn):	40000
Sekel-Is (Zuckerfabriken):	32500
Seluloz-Is (Farbherstellung):	7100
Liman-Is (Hafenarbeiter):	6000
Toley-Is (Touristik):	2500
Inse-Is (Zement):	3300
Petrol-Is (Erdöl):	2000

Basin-Is (Presse): 250
Deri-Is (Leder): 2400

Der Streik von Demiryol und Liman-Is hat neben materiellen Kosten auch zu einem Stillstand des Transportes von 400000 Arbeitern und 6000 Soldaten geführt. Die Soldaten werden deshalb auf Lastkraftwagen nach Kurdistan gefahren.

4. Oktober

Die für den 7. Oktober geplante Demonstration der Türk-Is ist durch Eingreifen des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) verschoben worden.

Die Militärs begründen ihre Sorge über den Streik der Liman-Is mit der angeblich eingetretenen Vorrats- und Lebensmittelnot der türkischen Soldaten in Zypern.

Ranghöhere Militärs riefen bei den Gewerkschaften an und forderten sie auf, für den Vorrat, der nach Zypern geschickt wird, eine Sonderregelung zu treffen. Liman-Is eilte sodann den Soldaten mit der Aufnahme von verschiedenen Transporten zu Hilfe.

Der Vorsitzende der Demiryol, Enver Tocoglu, erklärte, er habe alle militärischen Transporte stillgelegt, weshalb er „militärischem“ Druck ausgesetzt sei. Aber sie würden nicht aufgeben, bis sie etwas erreicht hätten. In der Äußerung von Tocoglu heißt es weiter, der Generalstabschef würde bei Telefongesprächen Druck auf den Generaldirektor der DDY, Talat Günsoy, ausüben. Der würde sie anrufen und sagen: „Laßt wenigstens den militärischen Transport durch“. Aber sie würden sich diesem Druck nicht beugen.

Nachdem in der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) am 28. September Besorgnis über die Streiks, die in allen Teilen des Landes stattfinden, geäußert wurde, kam es bei Gesprächen zwischen dem Staatspräsidenten Demirel und Mitgliedern des MGK zu dem Entschluß, die Verbreitung von Demonstrationen müsse unterbunden werden. Die in allen Teilen des Landes durchgeführten Streiks und Demonstrationen würden sich zunehmend gegen das Regime richten. Die Demonstrationen seien nicht legal, und deshalb könne man sie nicht erlauben. Sollte die Demonstration von Türk-Is (am 7. Oktober in Ankara, d. Red.) trotzdem stattfinden, so solle eine Strafverfolgung der betroffenen Personen unternommen werden.

Unterdessen berief der Generalrat der Türk-Is eine Versammlung mit Beteiligung von allen Gewerkschaftsvertretern ein. Nach der Versammlung erklärte Meral, die Demonstration vom 7. Oktober, an der sich 500000 Arbeiter beteiligten sollten, sei verschoben worden. Die Verschiebung erfolge, so Meral, wegen des Erdbebens in Dinar und der derzeitigen Regierungskrise.

9. Oktober

Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Gewerkschaften enden ohne Ergebnis. Während die Regierungsvertreter gegenüber der Forderung der Gewerkschaft nach 55 Prozent Lohnerhöhung in den letzten Tagen noch 21,7 % angeboten hatten, bestanden die Regierungsvertreter nun auf 14,58 %.

Die Gewerkschaftsvertreter reagierten ablehnend. In einer Erklärung hieß es, bei einer jährlichen Inflationsrate von 125 % sei dieser Vorschlag der Regierung als „Verhöhnung“ zu betrachten.

(Zusammenstellung: DEM, 11. 10. 95)

Frankreich

Streikbewegung gegen Lohnstopp

Mehr als zwei Millionen Beschäftigte beteiligten sich an dem Generalstreik gegen die Lohnstopp-Politik der Regierung.

Gegen den von der Regierung Juppé für 1996 verfügten Lohn- und Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst haben am 10. Oktober die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltungen, der kommunalen Körperschaften, des Gesundheits- und Bildungswesens, der Eisenbahn und Nahverkehrsunternehmen sowie der Energiewirtschaft einen 24-stündigen Generalstreik durchgeführt.

Nahezu alle Gewerkschaften hatten aufgerufen: CGT, CFDT, FO, CGC, CFTC, FSU, FEN und die autonomen Gewerkschaften. Nach Angaben der Gewerkschaften beteiligte sich mehr als die Hälfte (55%) der fünf Millionen Beschäftigten am Streik und viele in über 80 Städten an großen örtlichen Demonstrationen.

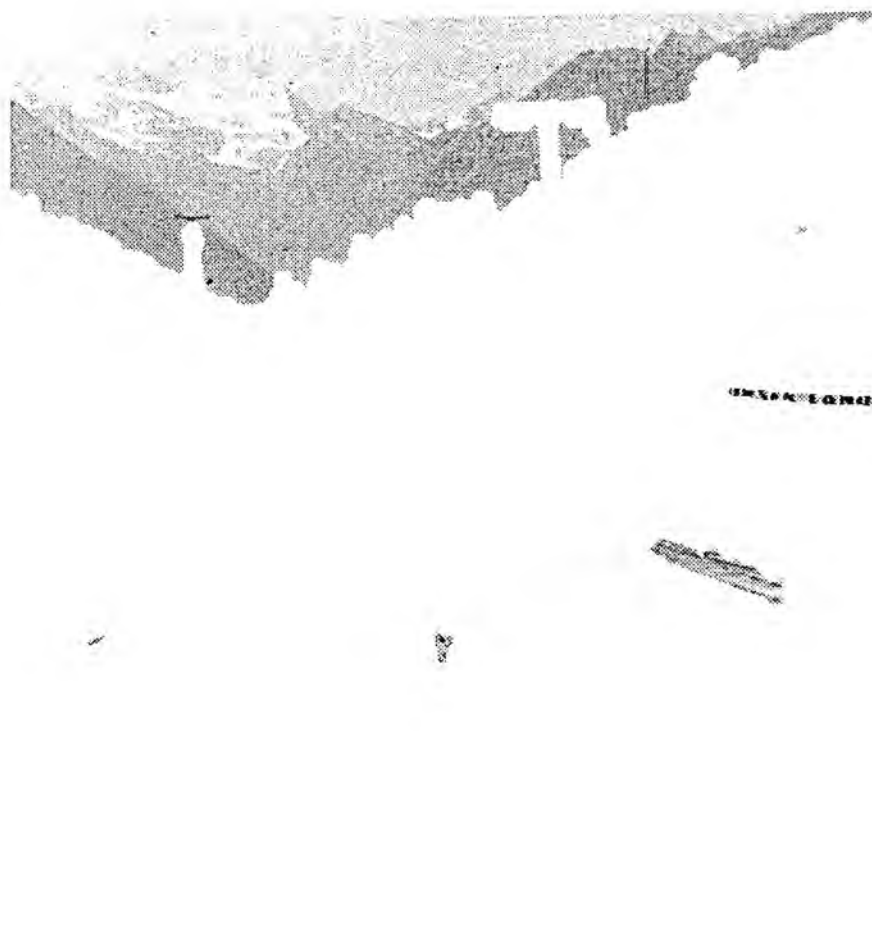
Allein in Paris demonstrierten 50000 bis 100000, im ganzen Land mehr als eine halbe Million Beschäftigte gegen die staatlichen Lohnraubabsichten. Aber auch die staatliche Privatisierungspolitik und ihre Folgen wurden angegriffen.

Ankündigungen der Regierung, die eine Reform des Staatsapparates vorsehen, haben sicherlich zu dieser eindrucksvollen Mobilisierung beigetragen. Viele fürchten, daß sie bei den Rationalisierungsvorhaben auf der Strecke bleiben.

Anfang September hatte Frankreichs Ministerpräsident Juppé den Gewerkschaften mitgeteilt, daß die Regierung für Beschäftigte und Pensionäre der öffentlichen Einrichtungen einen Lohn- und Gehaltsstopp für 1996 verfügt. So sieht Chirac bei den Präsidentschaftswahlen großartig angekündigte Dialogbereitschaft gegenüber den Gewerkschaften aus! Die Einkommen der Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen sollen als Konsolidierungsmasse in den Staatshaushalt umgeleitet werden. Um die Vorgaben von Maastricht zu erreichen, müßte die Regierung jedes Jahr 75 Milliarden Francs einsparen. Jeder Prozentpunkt Lohnerhöhung bedeutet nach Regierungsangaben 5,8 Milliarden Francs Mehrausgaben.

Versuche, in der Öffentlichkeit den Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst als Aktion von Privilegierten, Egoisten, Unsolidarischen zu diffamieren, sind weitgehend erfolglos geblieben. Die Demonstrationen und Aktionen der Beschäftigten am 10. Oktober, die u.a. zu massiven Einschränkungen vor allem im öffentlichen Verkehrswesen führten, sind von vielen mit Sympathie verfolgt und unterstützt worden.

Offensichtlich fürchten nicht wenige, daß die Durchsetzung eines Einkommensstopps Auswirkungen auf die Lohnkämpfe z.B. auch in den Industriebranchen haben könnte. Dort ist gerade in den letzten Monaten erbittert um Lohnerhöhungen gerungen worden. Louis Viannet, Generalsekretär der CGT, hat dazu erklärt: „Diese Entscheidungen haben praktisch automatisch Rückwirkungen auf den gesamten öffentlichen Sektor und seine Umgebung. Und selbst auf die Privatwirtschaft, weil sich die Unternehmer des Lohnstopps bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bedienen, um eine sehr große Härte bei den Lohnauseinandersetzungen in ihren eigenen Unternehmen zu rechtfertigen.“ — (map)



Etwa 1500 Transitgegner blockierten am 8. Oktober für 24 Stunden die Brennerautobahn. Die Regierung will zusätzlich zu der schon jetzt erhobenen Maut eine generelle Autobahnmaut einführen. Die Bewohner umliegender Gemeinden befürchten, daß sich dann der Transitverkehr noch mehr durch die Nebenstrecken der Brenner-Autobahn wälzen wird.

Österreichs große Koalition geplatzt

Kommt FPÖ-Haider mit Hilfe der ÖVP in die nächste Regierung?

Nicht einmal ein Jahr hat die Neuaufgabe der großen Koalition in Österreich aus sozialdemokratischer SPÖ und christkonservativer ÖVP nach den Wahlen im Herbst 1994 gehalten. Nach dem Bruch des seit neun Jahren bestehenden Bündnisses hat das Parlament in Wien Neuwahlen für den 17. Dezember beschlossen. Die Koalition platzte, weil sich die Koalitionspartner bei den Haushaltsberatungen in mehr als 20 Verhandlungsrunden nicht auf das Budget für das Jahr 1996 einigen konnten.

Dabei hatten im Vorfeld sowohl SPÖ als auch ÖVP die Notwendigkeit betont, den Haushalt zu „sanieren“, um die hohe Staatsverschuldung abzubauen und damit der Erfüllung der EU-„Konvergenzkriterien“ für eine Teilnahme an einer künftigen Währungsunion näher zu kommen. Während jedoch die Sozialdemokraten dieses Ziel unter anderem über höhere Rentenbeiträge für Selbständige und Bauern sowie über eine „soziale Staffelung“ der Agrarsubventionen je nach Einkommenssituation der Betriebe erreichen wollten, forderte die ÖVP vor allem die Kürzung von Sozialleistungen für Arbeitslose und Einschnitte bei den im Fall von Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit gezahlten Frühpensionen.

Daß dieser Streit mit dem Platzen der Koalition endete, damit hatten vor allem die Sozialdemokraten um Bundeskanzler Franz Vranitzky nicht gerechnet, gab es doch in der neunjährigen Geschichte der Koalition weit gravierendere Meinungsverschiedenheiten, die man letztendlich immer ausräumen konnte. Tatsächlich geht man davon aus, daß die Christkonservativen unter ihrem neuen Vorsitzenden und Vizekanzler Wolfgang Schüssel den Budgetstreit als Vorwand genutzt haben, um aus der Koalition auszusteigen und vor-

zeitige Neuwahlen herbeizuführen. Schüssel witterte offensichtlich die „historische Chance“, bei einem frühzeitigen Urnengang zum ersten Mal seit 25 Jahren die SPÖ als stärkste Partei zu überflügeln, und sich damit den Kanzlersessel zu sichern.

Damit könnte es zu einer dramatischen Zuspitzung der Lage in der zweiten Republik kommen, denn die jüngsten Umfrageergebnisse sind alarmierend: Danach sind die Sozialdemokraten auf 31% abgesackt, der niedrigste Stand seit 1945. Für die ÖVP werden 28% prognostiziert, auch das ein leichtes Minus gegenüber ihrem Wahlergebnis im vergangenen Jahr. Lachender Dritter könnte Haider sein, dessen Partei — kürzlich mit großem Propagandaaufwand beziehungsreich zur „Bewegung“ umgewidmet — weiter zugelegt hat und inzwischen ebenfalls auf 28% kommt.

Da Schüssel also keinesfalls damit rechnen kann, allein zu regieren, andererseits unter den gegenwärtigen Umständen eine erneute große Koalition mehr als unwahrscheinlich erscheint, kalkuliert er offensichtlich kühl eine Koalition mit der rechten FPÖ mit ein. Dafür spricht auch, daß der ÖVP-Chef es im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bussek immer vermieden hat, einem Zusammengehen mit dem rechtsradikalen Haider eine generelle Absage zu erteilen. Pressefragen nach dem Koalitionsbruch, ob er eine Regierungszusammenarbeit mit Haider ausschließen wolle, wick Schüssel folgerichtig aus und erklärte, er halte sich alle Optionen offen.

Haider hat prompt erklärt, er stehe für ein Regierungsamt zur Verfügung. FPÖ-Ziel im Wahlkampf sei, so stark zu werden, „daß bei der Übernahme von Verantwortung für dieses Land an uns kein Weg vorbeiführt“. Haider, der in jüngster Zeit versucht, in ÖVP-nahen Wirtschaftskreisen hoffähig zu werden, indem er sich bei Treffen als potentieller

Partner präsentiert, weiter: „Man sollte den Leuten die Optionen klarmachen. Wer sich eine Volksfront-Regierung wünscht, bei der Terroristen und Terroristenfreunde in staatspolitischen Ämtern kommen, wird dorthin votieren. Wer sich hingegen wünscht, daß der Sozialismus, der auf der ganzen Welt beendet wurde, auch in Österreich zu Ende kommt, der wird die nicht-sozialistische Variante wählen.“

In welche Richtung die Sozialdemokraten gehen wollen, ist derzeit schwer abzusehen. Zwar haben führende Vertreter einer Neuaufgabe der großen Koalition eine Absage erteilt. Ob sie jedoch eine mehrheitsfähige Regierung mit anderen Parteien zusammenbringen können, steht in den Sternen. Möglich wäre vielleicht eine Ampelkoalition mit den von Haider abgespaltenen Liberalen um Heide Schmidt und den Grünen, für die sich linke Kräfte in der Partei einsetzen. Die österreichischen Grünen jedoch tun sich — nicht zu unrecht — schwer mit der Vorstellung, mit der durch Filz und Amtsmissbrauch geprägten und durch Skandale geschüttelten SP zusammenzugehen, die sich vor allem sozial- und umweltpolitisch wenig von der ÖVP unterscheidet.

Sollte es nach den Dezemberwahlen tatsächlich zu einer Regierung unter Beteiligung von Jörg Haider kommen, hätte das unübersehbare Folgen nicht nur für die österreichische Republik sondern ziemlich sicher auch eine Signalwirkung auf andere europäische Länder, namentlich die BRD. Die schleichend betriebene Übernahme von faschistischen Positionen durch die Konservativen erhielt hierzulande einen starken Schub, die REPs und andere faschistische Parteien würden vermutlich einen kräftigen Aufwind verspüren.

Quellen: „Profil“ 41/95; „Kurier“ 14. 10. 95; „Die Presse“, 14. 10. 95 — (jüg)

Rückkehr zur LDP-Alleinregierung in Japan?

Die Sozialdemokratie scheint zerschissen, die KPJ ist schwach. Von Hagen Blau

Im Anschluß an den Artikel in Nr. 19 dieser Zeitschrift bedarf der nicht im Detail mit der innenpolitischen Situation Vertraute vielleicht einiger ergänzender Informationen und Hinweise. Ich sprach im letzten Absatz damals von der „Verworrenheit“ bzw. auch Unübersichtlichkeit der innenpolitischen, besonders der parteipolitischen Szenerie, die nach ca. 40 Jahren relativ festgefügtter Regierungs- und Oppositionsstrukturen in den letzten Jahren großen Erschütterungen ausgesetzt war und nunmehr permanenten Veränderungen unterworfen ist. Diese sind bestimmt von Abspaltungen und Bildungen neuer Parteien, politisch und zeitlich begrenzten Bündnissen, Austritten und Parteiwechseln von Politikern, die damit ein Durcheinander geschaffen haben, in dem klare politische Linien nicht mehr erkennbar sind. Viele Parteien sind endgültig zu persönlichen Anhängergruppen denaturiert, nur Zweckbündnisse zum Macht- und damit Pfründeerhalt einerseits bzw. zum Machterwerb und Teilhabe an den Fleischtopfen, werden unabhängig von politischen Programmen oder Leitlinien gebildet. Das ganze ist prinzipiell nicht unjapanisch, denn persönliche Gefolgschaft, zumal, wenn sie Nutzen bringt, ist eines der Elemente der ehemaligen Feudalgesellschaft, die in die moderne Demokratie hinübergerettet wurden und noch eine wesentliche Rolle spielen.

Aber die gegenwärtige Situation irritiert nicht nur den auswärtigen Beobachter, sondern verunsichert zunehmend auch den japanischen Wähler, der diesen Vertrauensverlust, diese seine, von den Politikern mutwillig herbeigeführte Orientierungslosigkeit z.B. in den letzten Oberhauswahlen von Ende Juli dieses Jahres mit einer Wahlbeteiligung von nur 44,5 Prozent, der niedrigsten in der Geschichte der japanischen Wahlen, quittiert hat.

Bei den vorherigen Gouverneurswahlen wurden in den beiden größten Städten Japans, Tokio und Osaka, statt der Kandidaten der etablierten politischen Parteien demonstrativ aus dem Fernsehen bekannte Komödianten an die Spitze der Stadtstaaten gewählt.

In den genannten Oberhauswahlen z.B. verloren die ehemals als stärkste Oppositionspartei anerkannten Sozialdemokraten (früher: Sozialisten) mehr als die Hälfte ihrer Sitze, nachdem ihr der rechtsorientierte Mehrheitsflügel mit dem jahrzehntelangen Hauptgegner, der Liberal-Demokratischen Partei, eine Regierungskoalition aufgezogen hat, in dieser Koalition als Juniorpartner den Ministerpräsidenten stellt (und 5 der 20 Minister) und sich von den früher vehement verfochtenen Grundsatzpositionen der Partei trennte wie z.B. der Ablehnung der japanischen Selbstverteidigungskräfte und des Sicherheitsvertrags mit den USA und sogar für die stets abgelehnte Erhöhung der Mehrwertsteuer stimmte. Die Liberalen dagegen scheinen sich von dem Schock der zumeist auf Korruption zurückgegangenen Austritte und Abspaltungen erholt zu haben und konnten zumindest ihren Stand halten. Die aus acht kleineren, meist von ehemaligen LDP-Politikern geführten Parteien gebildete zur Zeit größte Oppositionspartei „Neue Fortschrittspartei“ konnte große Erfolge erringen, ebenso, wenn auch geringer, die kleine Avantgarde-Partei (Sakigake), die der Regierungskoalition angehört und mit ihrem Vorsitzenden den mächtigen Finanzmini-

ster im Kabinett stellt (der übrigens durch ständige Rücktrittsdrohungen und Rücknahmen zur politischen Belebung beiträgt und wohl weiter ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben wird). Die Kommunistische Partei konnte immerhin drei Sitze hinzugewinnen, damit ihre Position festigen; der Rest verteilt sich auf acht weitere kleinere Einzelparteien und Unabhängige.

Dies soll nur ein leider schon etwas zurückliegendes Beispiel sein, doch wirkt es jetzt nach der Sommerpause noch nach. In diesem Spektrum werden sich weitere Verschiebungen der Kräfteverhältnisse vollziehen. Die nachhaltige Schwächung der Sozialdemokraten und ihre Zerrissenheit lassen am Bestand der gegenwärtigen Koalition zweifeln. Zumal nachdem die LDP soeben ihren starken rechten Mann, den gegenwärtigen Wirtschafts- (MITI)-Minister Ryutaro Hashimoto, übrigens schärfster Gegner einer Entschuldigung für die Kriegsgreuel Japans und Verehrer der nationalen Kriegshelden im Yasukuni-Schrein, zu ihrem neuen Parteivorsitzenden gemacht hat, zu einem Amt, das traditionell mit dem des Ministerpräsidenten identisch war. Die Wahl wurde sicher auch in der Erwartung der baldigen Wiederübernahme dieses Amtes und damit der Macht und einer gleichzeitigen Neukonsolidierung der LDP auf einer weiter rechts liegenden Position getroffen.

Der bisherige Vorsitzende und jetzige Vize-Ministerpräsident und Außenminister Yohei Kono hatte diese Partei in das ungeliebte Bündnis mit den Sozialdemokraten, wenn auch als Mittel der Überlebenshilfe nach den Spaltungen, geführt und die Partei manches an Profil gekostet. Die LDP sieht wieder Licht am Ende eines doch dunkleren Weges.

Die Tage der gegenwärtigen Regierung scheinen gezählt, spätestens nach den nächsten Unterhauswahlen Anfang 1996. Man kann davon ausgehen, daß einige der abtrünnigen LDP-Gruppen, die jetzt die Haupt„opposition“ (sofern davon überhaupt noch die Rede sein kann) bilden, dann zur Stärkung und Unterstützung einer neuen, LDP-geführten Regierung bereit sein werden und die Sozialisten sich dann geschwächt, dezimiert, politisch orientierungslos auf den Oppositionsbänken wiederfinden werden.

Der — leicht sozial verbrämte — japanische Kapitalismus wird nicht länger bereit sein, sich mit einer Rolle abzufinden, in der die ihn tragenden oder von ihm gestützten Kräfte entweder in der Regierungspolitik kein Mitspracherecht haben oder ihr „Nachkriegs-Ziehkind“, die LDP, in einer Koalition auf sich gelegentlich doch noch artikulierende sozialdemokratische Positionen Rücksicht nehmen muß. Daß Kapital und Industrie dies bereits so lange tolerieren, zeigt, daß zwischen konservativ-liberalen, den Neokapitalismus (oder Neoliberalismus) vertretenden politischen Gruppen und rechten Sozialdemokraten kaum mehr gravierende Differenzen bestehen und sie sich sicher sind, auch trotz gelegentlichem Zurückstecken am Ende der Sieger zu bleiben.

Eine Alternative dazu ist kaum in Sicht. Die Kommunistische Partei Japans wird ihre starke Position in den Gemeinden, dank guter Basisarbeit, halten und in vielen Regionen stärkste Partei bleiben können, sich auf landesweiter Ebene jedoch kaum zu einer einflußreichen Kraft entwickeln, auch wenn sie Zufluß vom ehemals linken

Flügel der Sozialisten haben wird. Linke sozialistische und kommunistische Splittergruppen spielen nur eine diskursive, keine politische Rolle.

Die Gewerkschaften sind in der langanhaltenden Rezession weiter auf internen Betriebsunterstützungskurs gezwungen worden. Ihre frühere, wenn auch begrenzte Macht z.B. in den Frühlingslohnkämpfen ist gebrochen. Die vielen Konkurse, die Sparmaßnahmen

der Industrie unter dem Argument, Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, die auch in Japan steigende Zahl der Arbeitslosen entpolitisieren die Gewerkschaften weiter und lassen sie auf der Linken keine entscheidende Rolle mehr spielen.

Hagen Blau ist Japanologe und lebt in Düsseldorf.



Altersarmut in Japan

„Sprachenpolizei“

Kroatiens Tudjman betreibt Sprachverfolgung

Kroatien hat wieder eine Sprachenpolizei: Journalisten, die sich nicht an die von der Regierung verfügbaren Sprachregeln halten, müssen mit Geldstrafen oder Haft mit bis zu sechs Monaten rechnen. Das berichtet die in London erscheinende Zeitschrift *journalist* der Journalistengewerkschaft „National Union of Journalists“ (NUJ).

Nach Angaben des Gewerkschaftsblattes will die kroatische Regierung 30000 angeblich „ausländische“ Wörter aus dem Wörterbuch streichen. Neue Wörter und Ausspracheregeln sollen hinzugefügt werden. Ein staatliches Büro sei gegründet worden, das die Befugnis habe, Schulen, Theater, die Presse und Rundfunkanstalten zu überwachen. So soll offenbar aus der serbokroatischen eine staatlich verordnete, rein kroatische Sprache werden.

Den Präsidenten des kroatischen PEN, Slobodan Novak, zitiert das Blatt

mit den Worten, diese Politik sei „faschistoid und macht mich krank“. Eine ähnliche Politik habe es bereits während des Zweiten Weltkrieges in dem damaligen kroatischen Staat gegeben, der mit den Nazis kollaborierte, bemerkt *journalist*. Ähnliche Bestrebungen, die Sprache zu kontrollieren, gebe es zur Zeit auch in den anderen Staaten Ex-Jugoslawiens, allerdings nicht in dem Ausmaß wie in Kroatien.

Drago Hedl, Herausgeber der oppositionellen *Feral Tribune* in Split, habe angekündigt, die unabhängige Presse werde die neue Sprache nicht benutzen. Kritiker wie Hedl müssen damit rechnen, in der Öffentlichkeit „Jugo-Nostalgiker“ und „unbelehrbare Kommunisten“ genannt zu werden.

Nachdruck aus: „M“, Zeitung der IG Medien, Nr. 10/95, S. 34

Die NS-Tradition der deutschen Hochschulen

Bei der 125-Jahr-Feier der Technischen Hochschule Aachen kann sie nicht verdrängt werden

In diesem Jahr feiert die RWTH-Aachen ihr 125-jähriges Bestehen. Die Feierlichkeiten sind überschattet durch vor allem drei Peinlichkeiten:

1. Die wichtigste und in der Öffentlichkeit am heftigsten diskutierte ist die sogenannte Schneider/Schwerte-Affäre. Durch das niederländische Fernsehen wurde im Frühjahr bekannt, daß der ehemalige Rektor der RWTH „Prof. Schwerte“ eigentlich Schneider heißt und hoher Funktionär der SS und des Ahnenerbes war. Ihm wurde u.a. vorgeworfen, an Menschenversuchen in den Niederlanden mitgeholfen zu haben. Zumindest aber war er einer der fanatischsten „Eierköpfe“ des Systems. Seine Wandlung nach 1945 zum Germanistik-Professor (er galt in den 70er Jahren als Förderer der StudentInnenbewegung und hatte einen liberalen Ruf) war auf der Grundlage von Fälschung und Täuschung erfolgt. Seine Machenschaften waren schwerwiegend genug, daß die Staatsanwaltschaft immer noch gegen den mittlerweile untergetauchten Pensionär ermittelt.

An der RWTH haben viele von der doppelten Identität von Schneider/Schwerte gewußt. Es ist auch nicht auszuschließen, daß dieses Wissen sich in direkte Politik umsetzen ließ. Hochschulleitung, Mehrheit von Professoren und leider auch Studentenschaft verstehen Ihre Beiträge jedoch als „Schadensbegrenzung“ und meinen Erkenntnisbegrenzung. Der „Vertrauensbruch“ ist ihnen allemal schlimmer als die Verstrickung von WissenschaftlerInnen in das verbrecherische NS-System. Für diese etwas rückgratlose Einstellung ist es hilfreich, daß eine „Expertenkommission“ mit der Skandaldeckung beschäftigt ist. Sowohl der AstA der TH als auch das Rektorat meinen, damit völlig aus der eigenen Verantwortung entlassen zu sein. Im Gegenteil werden die Anstrengungen der Fachschaft Philosophie als „aktionistisch“, „extremistisch“ und dem angeblich guten Ruf der RWTH abträglich dargestellt.

Dies ist sicher der eigentliche Skandal im Jubiläumsjahr der RWTH: die geistige Faulheit und Unbeweglichkeit,

die sich aus dem Interesse des ungestörten Uni-Ablaufs speist. Die Behauptung der Mehrheit, die NS-Geschichte sei eben vorbei und keiner Aufregung mehr wert, straft sich selbst Lügen. Denn um zu diesem Wunschergebnis zu kommen, müssen sie die Wirklichkeit und ihr eigenes Erkenntnisinteresse verleugnen. Der so vorgespielte Faschismus ohne FaschistInnen endet so bei der Demokratie ohne DemokratInnen.

2. Im Zuge der Auseinandersetzung stellt sich heraus, daß der nicht nur von Faschisten hochgeehrte Aachener Soziologie Prof. Arnold Gehlen doch eine wichtigere Rolle im NS-Wissenschaftsbetrieb innehatte, als bisher von ihm, seinem Nachlaßverwalter Rehberg und der RWTH zugegeben. Auch hier spielen die Mehrheit der StudentInnen, ProfessorInnen und der Mittelbau taub und stumm. Menschen, die eine eigene, unangepaßte, „wertfreie“ oder gar „liberale“ (nicht etwa linke!) geistige Einstellung haben, sind bisher hier nicht aufgetreten. Die Basis für ein Mindestmaß an rationalem Diskurs stammt aus den Aktivitäten, Veröffentlichungen und Vorträgen der kritischen Minderheit um die Fachschaft Philosophie.

3. Auch wenn Schneider/Schwerte die Beteiligung an Menschenversuchen nicht mehr nachgewiesen werden kann, so hat er doch eine immense Verantwortung als Ideologieproduzent, als geistiger Brandstifter, als Schreibtischtäter. Das gleiche gilt auch für Arnold Gehlen. Daß ein Chefileologe der NSDAP mal für seine Taten, Reden und Schriften hingerichtet worden ist (Rosenberg), wird an der RWTH wahrscheinlich immer noch auf Unverständnis stoßen. Hier ist mensch so liberal, daß auch heutige Schreibtischtäter wie Prof. Rohrmö-

ser im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jubiläum zu Vorträgen eingeladen werden. Daß der Vertreter der Braunzone zwischen Neofaschismus und Konservatismus dann in seinem Vortrag gestört wurde, so daß der Abend zu Ende war, ehe er richtig angefangen hatte, mobilisiert nun die Reste liberalen Geistes der RWTH. Eine Bresche dem Faschismus fordert der AstA der RWTH.

Die Störer werden — nun gar nicht mehr liberal — mit Strafanzeigen und Relegation bedroht. Nicht zufällig trifft der Zorn der „Guten“ die „Bösen“, die in Veröffentlichungen und Vorträgen sowie einer Demonstration ein bißchen Wind in die 125-Jahr-Feier geblasen haben. Diese Form der Demokratie gilt den „Guten“ nun als „aktionshektisch“, „unangemessen“, „extremistisch“, „überflüssig“.

Daß der offizielle Festakt der RWTH wieder mit einem AstA-Vertreter aufwarten kann (vor 25 Jahren wurde der AstA-Vorsitzende nach dem einleitenden Satz „Das Fortbestehen kapitalistischer Verhältnisse ist für uns kein Grund zum Feiern und Jubelreden halten“ am Weiterreden gehindert) zeigt die veränderte Landschaft. Daß der Festredner 1995 ein Vertreter der Daimler-Benz-Konzernspitze ist, zeigt die Frechheit, mit der heutzutage der Ausverkauf der Wissenschaft an die ökonomischen Interessen des Monopolkapitals betrieben wird. Das Wort „Drittmittelforschung“ verschleiert diesen Zusammenhang mehr, als es ihn aufdeckt.

Für interessierte Menschen außerhalb Aachens besteht die Möglichkeit, sich über die Hintergründe der geschilderten Zusammenhänge zu informieren. Die Fachschaft Philosophie („Die Bösen“) hat einen Reader herausgege-

ben. „Die Feierlichkeiten sind nicht betroffen“ ist der Titel. Die Kapitel dar heißen:

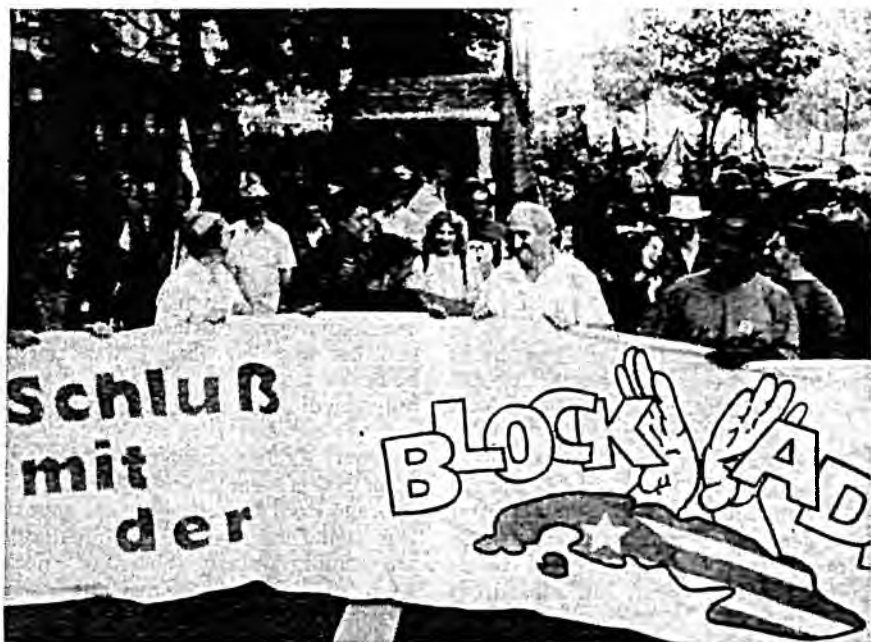
- Der Fall RWTH
- Hans Ernst Schneider in den Niederlanden
- Der germanische Wissenschaftseinsatz der RWTH
- Gehlens braune Blitzkarriere
- Dokumente
- Personenregister.

Die Broschüre (62 Seiten A-4) ist erhältlich zum Preis von DM 5,00 (Briefmarken oder VR-Scheck) bei: Fachschaft Philosophie, Templergraben 83, 52056 Aachen, Tel. 0241/806001.

In Buchform ist ein alternatives Lesebuch zum Jubiläum der RWTH erschienen, „... von aller Politik denkbar weit entfernt“ ist der Titel. Im Lesebuch finden sich Artikel zu den Themen: Buchenschaften, Erstsemestearbeit, Schließung der Philosophischen Fakultät? Frauenbeauftragte, Heldengedenken, FH-RWTH, Menschliche Randbedingungen der Technik, Schwulenbewegung, „Deutsche Physik“, Schneider/Schwerte, ... nach rechts hin offen, Hochhuth's „Ärztinnen“ und der RWTH, Hochschuldidaktik, Rüstungsforschung, Biografien.

Das Buch kann in jedem Buchladen bestellt werden unter der ISBN Nr. 3-929896-01-X. Hrsg.: Die OASE. Es kann bestellt werden bei Michael Schieck, Hohenstaufenallee 86, 52074 Aachen. Kosten DM 10,00 plus 2,00 L Porto in Briefmarken oder VR-Scheck DM 1,00 des Verkaufspreises gehen in die Prozeßkostenhilfe für diejenigen die von der RWTH mit Strafanzeigen und Relegationen bedroht sind.

P.S.: Bei der offiziellen Feier der RWTH am Dienstag, den 10. Oktober wurde die Freude der Ehrengäste getrübt, wollten doch Herr Schneider und Herr Gehlen in ihren SS- und SA-Uniformen an der Feier teilnehmen. Immerhin hätten sie einen nicht unwesentlichen Teil zum „Renommé“ der Hochschule beigetragen und deren Geschichte mitgeprägt. Der Ausgang war vorhersehbar. — (K. H.)



In mehreren Städten des Bundesgebiets fanden am 7. Oktober Protestaktionen gegen die seit über 30 Jahren anhaltende US-Wirtschaftsblockade gegen Kuba statt. Unser Bild zeigt die Aktion in Berlin, an der sich etwa 3000 Menschen beteiligten. Zu der Berliner Demonstration hatte ein Bündnis, organisiert vom „Netzwerk Cuba e.V.“, aufgerufen. — (rül)

ÖTV gegen zu rasche „Haushaltskonsolidierung“

Essen. Die Gewerkschaft ÖTV hat sich gegen den Druck des Regierungspräsidenten und des Landesinnenministeriums in punkto Haushaltskonsolidierung ausgesprochen. Klaus Orth vom ÖTV-Bezirk NW II forderte, die Konzepte zur Tilgung der Haushaltslöcher bis zum Jahre 2005 zu strecken. Die Kommunalaufsicht des Landes will der Stadt Essen und 78 anderen Städten in NRW nur einen Zeitraum bis zum Jahre 2000 zugestehen. Für Essen würde das bedeuten, daß in fünf Jahren rund 2200 der 13000 Stellen bei der Stadt gestrichen werden müßten. Die ÖTV befürchtet, daß dann auch betriebsbedingte Kündigungen anstehen würden. Auch gegen den Verkauf städtischen Vermögens wie Immobilien oder Aktienbesitz wendet sich die ÖTV strikt. — (wof)

Polizeiliche Aufenthaltsverbote sind unrechtmäßig

Karlsruhe. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat entschieden, daß die von der Polizeibehörde gegen Drogenabhängige, Punker und Obdachlose erlas-

senen Aufenthaltsverbote formell und materiell unrechtmäßig sind. Nach massiven Protesten aus Parteien, Verbänden und Initiativen hat damit auch erstmals eine gerichtliche Instanz die Unrechtmäßigkeit dieser Verfügungen bestätigt. Dennoch soll der von der Polizeibehörde eingeschlagene Kurs, die Drogenpolitik der Stadt mit dem Polizeiknüppel zu kippen, weitergeführt werden. Die Stadtverwaltung hat angekündigt, gegen das Urteil der Karlsruhe Verwaltungsgeschichte vor dem Mannheimer Gerichtshof Beschwerde einzureichen.

Die Argumente, die die Rechten aus dem Polizeiapparat zur Fortsetzung ihrer Kampagne anführen, sind demagogisch: ein Großteil der Verfügungen seien gegen Leute ausgesprochen worden, die ihren Wohnsitz gar nicht in Karlsruhe hätten. Das sei bei 70 Prozent der erteilten Aufenthaltsverbote der Fall gewesen. Damit soll wohl suggeriert werden, daß es überwiegend solche getroffen hat, die hier sowieso nichts verlorer haben. Das bietet Argumente über Kosten, die die Stadt dann angeblich für andere zu tragen hat — etwa Polizeisätze, Straßenreinigung, Sozialarbeit und und und. Erfolgreich sei die Aktion

Augsburg**Das Schulkreuzurteil und seine Folgen**

Der Bund für Geistesfreiheit führte eine Veranstaltung im Augsburger Zeughaus durch. Fazit: Andersdenkende werden jetzt niedergemacht.

„Die Leidtragenden sind unsere Kinder. Sie bekommen jetzt mehr denn je zu spüren, wie man ausgegrenzt und niedergemacht wird, wenn man andere Auffassung hat.“ Das ist eine der schlimmsten Folgen des Schulkreuzurteils und des sofort nachgereichten bayerischen Gesetzentwurfs zur Anbringung von Kruzifixen in Volksschulen, die auf der Veranstaltung des Bundes für Geistesfreiheit am 2. Oktober im Zeughaus diskutiert wurden.

Die eigentliche Bedeutung des viel diskutierten Urteils des Bundesverfassungsgerichts liegt nicht in der Frage „Schulkreuze ja oder nein“, sondern in der Bekräftigung der weltanschaulichen Unparteilichkeit des Staates. Das hob Gerhard Rampp vom Bund für Geistesfreiheit hervor. Er wies darauf hin, daß es 1975 bereits ein ähnliches Urteil gab, das das bayerische Kultusministerium zwanzig Jahre nicht beachtet hat. Hier entstanden gleich die ersten Fragen: Warum hat niemand die Umset-

zung des 75er-Urteils verlangt? Warum wurden die Schulbücher nicht umgeschrieben, denn das Gericht hatte schließlich verlangt, daß die christlichen Bezüge im Unterricht (außerhalb des Religionsunterrichts) auf den „prägenden Kultur- und Bildungsfaktor“ eingegrenzt werden müssen? Warum wird das Bildungsziel „Ehrfurcht vor Gott“ in der bayerischen Verfassung nicht stärker kritisiert?

Der neue CSU-Entwurf mit einer Kruzifix-Vorschrift ist bereits erfolgreich durch den Senat gegangen und wird diese Woche im Landtag vorgelegt. Danach wird der Schulleiter zum Gesinnungsprüfer. Falls es jemand wagen sollte, um die Abnahme des Kruzifixes zu bitten, wird geforscht, ob dies wirklich ernst gemeint ist; dann werden anderslautende Stimmen dagegen abgewogen und der Minderheit nahegelegt, die Mehrheit zu akzeptieren; wenn dies nicht gelingt, wird die nächste Behörde eingeschaltet usw.

Aber was kann man gegen die zunehmende Ausgrenzung und Niederemachung Andersdenkender machen? Auf den Elternabend muß das länger diskutiert werden. — (baf)

Hannover**Protest gegen Bundeswehrpropaganda**

Einige Leute aus Hannover haben am 5. Oktober — verkaufsoffener Donnerstag — einen Film am Kröpcke gezeigt, der sich gegen die Propaganda der Bundeswehr und gegen Kriegseinsätze wendet.

Der Film, der im Saarland produziert wurde, zeigt zunächst Kriegsszenarien aus dem Zweiten Weltkrieg, dann einen Ausschnitt aus dem Propagandastreifen „Triumph des Willens“ (1934) von Leni Riefenstahl über den Nürnberger Reichsparteitag. In dem Ausschnitt „die Soldatenväter“ wird der Zusammenhalt der deutschen Wehrmacht darüber dokumentiert, daß aus der Menge heraus die Soldaten rufen, aus welchen Teilen Deutschlands sie angetreten sind. In dem folgenden Ausschnitt aus einem Werbespot der Bundeswehr wird

ebenfalls dargestellt, daß aus allen Bundesländern Männer in der Bundeswehr sind und hervorgehoben, daß nun auch wieder Soldaten aus Mecklenburg-Vorpommern etc. dazugehören.

Dann wieder eine Szene vom Reichsparteitag 1934 mit dem Schlachtruf „ein Volk, ein Führer, ein Reich“, gefolgt vom Bundeswehrspot, in dem von der Härte der Ausbildung und der Verantwortung der Soldaten, begleitet von entsprechenden Bildern, gesprochen wird, unter der Parole: „Wir sind da, Bundeswehr“. Der Film endet mit der Forderung: „Schluß mit diesen Spots“.

Die Wirkung und Aufmerksamkeit, die die Aktion hatte, wurde durch die permanente Wiederholung des Films während ca. 2 Stunden erreicht. Die Aktion ist nachahmenswert. — (bee)

Bremerhaven**Erfolg für sozialistische Politik**

Bei den Bremerhavener Kommunalwahlen erzielte die „Sozialistische Aktion Voran“ 2,3% (wir berichteten). Hier ein — aus Platzgründen von der Redaktion stark gekürzt — Bericht von einem Mitglied des SAV-Bundesvorstands.

Bei den Wahlen zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung am 24. September erhielt die Sozialistische Alternative VORAN — SAV 2,3% (1078 Stimmen). In einigen Gebieten der StäWoG (Städtische Wohnungsgesellschaft), gegen deren Privatisierung die SAV gekämpft hatte, wurden bis zu 7% erreicht. Für eine deutlich linke, sozialistische Kraft ist dies im ersten Anlauf ein Achtungserfolg.

Knackpunkt sozialistischer Politik: Verankerung

Vor dem Hintergrund einer tiefen sozialen Krise in der Stadt (18,8% Arbeitslosigkeit, die letzten Werften von der Schließung bedroht) und einer zunehmenden Entfremdung von der Politik der Herrschenden ist die SAV in die Offensive gegangen. Anders als die Parlamentsparteien hat die SAV nicht nur „Wahlkampf“ gemacht, sondern monatelang Kämpfe und Kampagnen gegen soziale Angriffe geführt.

Januar '95 beschloß die Stadtverordneten-Mehrheit aus CDU und rechten SPD-Abweichlern, die StäWoG an private Vermieter zu verkaufen. Sofort begann die SAV mit einer Unterschriften-Aktion, die StäWoG-Häuser wurden von Tür zu Tür abgeklappert. Die Stimmung unter den Mietern, die das Ende des niedrigen Mieten-Niveaus fürchteten, war wütend. Davon ausgehend organisierten SAV-GenossInnen eine Mieterinitiative, die den Widerstand gegen die Privatisierung verbreiterte. Über Monate hinweg bedrängte die Mieterinitiative die Politiker. Über 5000 Unterschriften wurden für den ersten Einwohnerantrag Bremerhavens gesammelt, immer wieder gab es Proteste. Im August wurde der Beschluß zum Verkauf der StäWoG wieder zurückgenommen. Dies ist zu einem großen Teil ein Erfolg des Kampfes der Mieterinitiative und der SAV.

Außerdem führte die SAV Kampagnen für eine ausreichende Versorgung

mit Kindergartenplätzen, gegen Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr, für ein längst versprochenes Jugendzentrum in der Stadtmitte und — zusammen mit JRE und ImmigrantInnen-Organisationen — gegen die DVU.

Bewußte Stimmen für die Gegenwehr

Anstatt die Leute nur mit Material zu überschwemmen, gingen die SAV-WahlkämpferInnen in die Stadtteile, um mit den Leuten zu reden. Jeden Tag gab es Informationsstände, wurden Hausbesuche gemacht. (...)

Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten sind ein schwieriges Feld. So gab es einen Presse-Boykott des örtlichen Monopolblattes (Nordsee-Zeitung), der darin gipfelte, daß bei der Wahlauswertung die „Grauen“ mit 1,5 Prozent genannt wurden, die SAV mit 2,3 Prozent aber unter „Sonstige“ verschwand. Außerdem kann eine sozialistische Organisation nicht so einfach von der Unzufriedenheit profitieren wie Faschisten oder Populisten wie die AfB (Arbeit für Bremerhaven, rechte SPD-Abspaltung). Im SAV-Wahlprogramm war das Ziel einer sozialistischen Demokratie festgeschrieben. Auch Forderungen nach einem vollen Wahlrecht für alle ImmigrantInnen waren nicht gerade „pflegeleicht“. Vor diesem Hintergrund sind die 1078 Stimmen ein Erfolg. Dies sind bewußte Stimmen für organisierte Gegenwehr und für eine linke, sozialistische Politik.

Bemerkenswert ist das Ergebnis einer Testwahl unter ImmigrantInnen. Auf Initiative des IGM-Ausländerausschusses wurden in Vereinen und Moscheen Wahlurnen aufgestellt. 870 Leute, über 10 Prozent der wahlberechtigten Nicht-Deutschen, beteiligten sich daran. Die SAV bekam 17,4 Prozent und wurde damit hinter der SPD (52 Prozent) zweitstärkste Kraft! (...)

Wie weiter?

(...) Die SAV möchte die Diskussion über sozialistische Kommunalpolitik mit anderen linken Organisationen, PDS-Gruppen und linken SPDlern (so weit noch vorhanden!) führen und ist bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die die Gegenwehr organisieren wollen. — (Claus Ludwig, Köln)

nach Ansicht der Polizeibehörde auch gewesen, weil sich die Drogenszene nicht habe in der Innenstadt festsetzen können. Damit sie sich woanders nicht „festsetzen“ kann, müßten die Truppen dann wohl überall im Stadtgebiet auf Jagd gehen.

Nach dem erteilten juristischen Dämpfer muß man wohl damit rechnen, daß jetzt wieder die Karte mit der Bürgerwehr aus der Tasche gezogen wird, um die Stimmung anzuheizen. — (map)

Land gegen Gutscheine für Sozialhilfe-Empfänger

Essen. Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat sich von Anfang an dagegen gewandt. Jetzt hat die Verwaltungsspitze der Stadt Essen auch vom Land einen Dämpfer gekriegt: Das Arbeits- und Sozialministerium hält die beabsichtigte Einführung von Gutscheinen für die 40000 Sozialhilfeempfänger in Essen für unzulässig. Vor allem „weiße Ware“, Möbel und Hausrat sollten in Zukunft zentral bestellt und nur noch per Gutschein ausgegeben werden. Für die Wohnungsrenovierung erhalten Sozialhilfeempfänger schon seit dem Sommer kein Geld mehr, statt-

dessen hat die Stadt eine Privatfirma damit beauftragt. Diese Regelungen verstoßen gegen den Datenschutz, weil Dritten bekannt wird, daß jemand Sozialhilfe bezieht. — (wof)

Angeklagter im „Kurdenprozeß“ mißhandelt

Frankfurt. In dem vor dem 4. Strafsenat des OLG Frankfurt stattfindenden Prozeß gegen 3 kurdische Volkszugehörige wegen angeblicher Tätigkeiten innerhalb der PKK wurde am 13.10. der Angeklagte Dogan Özserik vor Verhandlungsbeginn in der JVA I Frankfurt-Preungesheim mißhandelt.

Der Mandant des Unterzeichners, Herr Özserik, ist körperlich behindert. Bei seiner Flucht aus der Türkei zog er sich schwere Erfrierungen zu. Diese führten zur Amputation seiner Füße und fast sämtlicher Finger. Herr Özserik ist auf Prothesen angewiesen.

Nach Angaben des Mandanten kam es am 13.10.1995 zu folgendem Vorfall: Auf dem Weg zum Gefangenentransporter soll Herr Özserik in der Kammer durchsucht werden. Er zieht seine Jacke aus und die Hose nach oben. Beamte fordern ihn aber auf, sich bis auf die Unter-

hose zu entkleiden und die Prothesen abzunehmen.

Herr Özserik ist behindert, die Abnahme der Prothesen bei der Kontrolle ist für ihn psychologisch sehr schmerzhaft. Es sei darauf hingewiesen, daß bei nichtbehinderten Gefangenen nicht einmal die Schuhe kontrolliert werden.

Ein Beamter geht telefonieren. Nach kurzer Zeit stürmen 5 bis 6 Beamte in die Kammer. Sie ergreifen Herrn Özserik, ziehen ihn an den Haaren und zerreißen sein Ober- und Unterhemd. Sein Hinterkopf wird auf einen Tisch gestoßen. Der Gürtel seiner Hose wird entfernt und die Beamten ziehen diesen Gürtel über sein Gesicht, dabei kommt es zur Verletzung der Unterlippe. Jeweils 2 Beamte halten seine Arme, ein weiterer Beamter schlägt ihn mit der Faust in den Magen. Nach diesem Fausthieb hat Herr Özserik Atembeschwerden. Nun werden ihm gewaltsam und ruckartig die Prothesen abgerissen.

Bis auf die Unterhose entkleidet — ohne Prothesen — wird er von den Beamten auf einen Tisch gelegt. Da er ohne die Prothesen nicht laufen kann, bleibt er dort einige Minuten liegen. Zum Anziehen der Prothesen und der Schuhe benötigt er Zeit und Ruhe. Diese Bedin-

gungen waren nicht gegeben. Mit einem Rollstuhl wird Herr Özserik zum Gefangenentransporter verbracht. Kriechend kommt er in den Transporter und zieht sich an dem Sitz in der Transportzelle hoch.

In der Hauptverhandlung untersucht ein vom Gericht bestellter Sachverständiger den Mandanten. Er stellt zahlreiche rötlich/bläuliche Verfärbungen der Haut fest, Herr Özserik macht einen „sehr nervösen und fahigen Eindruck“, der Pulsschlag war auch 4 Stunden nach dem Vorfall noch extrem erhöht. Der Sachverständige regte an, „zum gegenwärtigen Zeitpunkt Herrn Özserik eine Ruhepause zu gewähren“.

Die Menschenwürde stellt eine Grenze staatlichen Handelns dar. Der Grundsatz der Menschenwürde gilt auch für Gefangene, auch für Behinderte, auch für Kurden. Die Verteidigung ist entsetzt über die Notwendigkeit, diese Selbstverständlichkeit feststellen zu müssen.

Namens und im Auftrag des Herrn Özserik wird Strafanzeige gegen die Verantwortlichen gestellt.

Presseerklärung von Rechtsanwältin Freisenius, Frankfurt, 15. Oktober, von d. Red. gekürzt.



Etwa 300 Personen protestierten am 9. Oktober in Erfurt gegen einen „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr („40 Jahre Bundeswehr — 5 Jahre Armee der Einheit“). Der CDU-Bürgermeister hatte die von einem Bündnis aus Antifa, Gewerkschaften, PDS und Grüne/Bündnis 90 organisierte Aktion „Großer Schildbürgerstreich“ verboten. Erst wenige Stunden vor der Aktion hob das Verwaltungsgericht Weimar das Verbot auf. Dafür vergriffen sich nunmehr Polizisten — darunter USK-Einheiten aus Bayern und viele Zivilbeamte — an den friedlich protestierenden. Sieben Personen im Alter zwischen 14 und 40 Jahren wurden festgenommen, darunter ein 15jähriges Mädchen, das Stunden vor Beginn des Zapfenstreichs beim Flugblattverteilen verhaftet wurde, weit über 100 Personen durch einen Polizeikessel vom Ort des Zapfenstreichs ferngehalten, mehrere Personen von der Polizei verletzt, als sie mit Kerzen, Trillerpfeifen und Rufen gegen den Zapfenstreich protestierten. Das Aktionsbündnis hat in einem Offenen Brief an Innenminister Dewes (SPD) gegen die Polizeiübergriffe protestiert, die PDS will die Übergriffe im Landtag zur Sprache bringen. — (rül)

Einer muß ja . . .

Dieter Strützel zu den Polizeiübergriffen beim Bundeswehrgelöbnis in Erfurt

Als Bundespräsident Roman Herzog im Weimarer Nationaltheater des 75. Jahrestages der ersten unglücklichen deutschen Verfassung gedachte und — sehr im Unterschied zur gerade vom Ministerpräsidenten zelebrierten Geschichtsklitterung — den Verfassungsbruch durch exzessiven Gebrauch der Exekutive für deren Scheitern verantwortlich machte, mußte er nicht zurückerinnern an Reichswehrminister Noske, jenen Mann, der mit seinem überlieferten Seufzer „Einer muß den Bluthund machen“ zweifellos zu den Begründern jenes verhängnisvollen „exzessiven Gebrauchs“ der Staatsgewalt gehörte.

Er hätte es tun sollen, wie der Sonntag wieder zeigt. Während sich Ministerpräsident Vogel vor der MDR-Kamera jovial gibt: „Wir haben eine Demokratie. Da sind Proteste normal, auch wenn ich sie natürlich für irrig halte“, und der kommandierende General den — natürlich nicht stabsmäßig abgesprochenen — gleichen Satz noch mit dem Zusatz krönte: „Und im übrigen hätte es ohne Proteste kein 1989 gegeben“, hat Innenminister Dewes offenbar in aller Stille und ohne Kameras „seiner Polizei“ den Rückhalt gegeben, um durchzugreifen. Einer muß ja . . .

Denn sonst hätten wir ja wirklich eine Demokratie, und Proteste ohne Polizeigewalt wären in der Tat normal. So aber hat der brave Sozialdemokrat klargestellt, was wir wirklich haben: Sonntagssprüche, Proteste und Polizeigewalt als Normalität. Der General wußte schon, warum er an 1989 erinnerte. Und wir wissen, wie wunderbar das Teamwork funktioniert, das sich parlamentarisch Große Koalition nennt. Einer muß ja die Sprüche machen, und der andere die Dreckarbeit. Interessant bei dieser Arbeitsteilung sind nur die Parteibücher.

Vor wenigen Tagen beschwor die stolze deutsche Sozialdemokratie, um sich Mut zu machen, die Großen ihrer Vergangenheit, die längst für viele Tausende auch außerhalb der SPD zu den Großen gehören. Dem kleinen Thüringer Innenminister sei Dank, daß er die uns wohl vertraute Einseitigkeit solcher „Totenbeschwörungen“ (Marx) korrigierte und jene andere Tradition dem Vergessen entriß, die von Noske über Zörgiebel zum — nun endlich auch international bei seinen wahren Straftatbeständen genannten — Radikalerenlaß führte. So wird die Gretchenfrage der SPD deutlich: In welcher Tradition will sie Deutschland „kräftiger gestalten“ (Rudolf Scharping) — in der in Berlin beschworenen oder der in Erfurt praktizierten?

Zapfenstreich ist ja eigentlich ein Abschiedszeremoniell. Als Dankeschön daher eine kleine andere Erinnerung für den Innenminister: Zu den namhaftesten Opfern Noskes gehörte die rote Rosa, eine der wirkungsvollsten demokratischen Kommunistinnen, eine, die dem autoritären Kommunismus nicht kampfflos gewichen wäre. Die Spur nach Buchenwald und Auschwitz legten andere. Später. Warum wohl machten in Erfurt Trillerpfeifen, Kerzen, die Osietzky-Mahnung, die Hymne der Friedensbewegung eine Polizei verrückt, die doch auf eine demokratische Verfassung festgelegt ist? Und offenbar nicht nur die?

Post skriptum, auch in eigener Sache: Niemand steht nur in einer Tradition. Deshalb muß sich jede und jeder immer wieder neu entscheiden, im Namen welcher Tradition sie oder er mit welchen anderen bricht. In Taten, nicht nur in Worten.

Dieter Strützel ist Mitglied im Landesvorstand der PDS Thüringen.

FAP trotz Verbot aktiv

Ein Bericht aus Berlin-Treptow

Eine Stadt, in der Nazi-Aktivitäten immer noch an der Tagesordnung sind, ist Berlin. Nach Meldung des Berliner Verfassungsschutzes ist die Zahl der militanten Neonazis von 1750 im letzten Jahr auf 2800 gestiegen. Nach neuesten Informationen sind ca. 800 auch Mitglied der NSDAP/AO. Es ist schwer möglich, einen Überblick über alle Berliner Stadtteile zu geben. Der Stadtbezirk Treptow gehört zu denjenigen, wo Neonazis besonders aktiv sind.

Schon zu DDR-Zeiten gab es in Treptow eine relativ starke rechte Szene. Sie setzte sich vor allem aus Hooligans des Fußballvereins BFC Dynamos zusammen. Viele von ihnen setzten sich in der Wendezeit in den Westen ab oder wurden unpolitisch. Andere wiederum organisierten sich in der „Deutschen Alternative“ (DA) und nach deren Verbot in der „Freiheitlichen Arbeiter Partei“ (FAP). Seit 1993 begann die bis dato noch nicht verbotene FAP im Stadtbezirk Treptow kontinuierlich zu wachsen. Die sozialen Bedingungen, hohe Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, fehlende Jugendclubs und keine Perspektiven, bieten den Nazi-Kadern ein fruchtbares Rekrutierungsfeld. So hetzten Nazi-Kader aus Treptow mehrfach am S-Bahnhof Berlin-Köpenick bis zu 40 Jugendliche mit Eisenstangen und Messern bewaffnet auf vietnamesische Händler. Erst durch eine Kundgebung der Treptower Gruppe der Jugend gegen Rassismus an gleicher Stelle mit Unterstützung anderer antirassistischer Gruppen konnte dem Spuk ein Ende bereitet werden.

Auf die Kappe der FAP geht zu gleicher Zeit auch noch ein Brandanschlag auf die Anne-Frank-Schule im Treptower Ortsteil Altglienicke, unterschrieben mit FAP. In aller Regelmäßigkeit wird auch der Friedhof der Antifaschisten in Treptow verschandelt und es wird versucht, PDS-Veranstaltungen zu stören.

Kurz vor dem Verbot der FAP gründeten die Treptower FAPler die „Kameradschaft Treptow“. Diese versuchten auch, gegen eine Antifa-Demo in Treptow zu mobilisieren. Unter dem Motto „Stoppt den roten Terror — Keine Chancen den marxistischen Irrelehren“ versammelten sich ein paar Ecken weiter rund 150 Neonazis, teils mit Baseballschlägern bewaffnet. Sie wurden aber kurz vor Beginn der Demonstration von der Polizei festgenommen. Als sie abends wieder freigelassen wurden, machten sie noch Jagd auf VietnamesInnen und Punks.

Die Mitglieder der „Kameradschaft Treptow“ behaupten, sie hätten mit der verbotenen FAP nichts zu tun. Das ist eine glatte Lüge: Die Wahrheit ist, daß zum Beispiel ein führendes Mitglied der FAP Treptow und der Berliner Antifa Detlef Cholewa jetzt regelmäßig Flugblätter der „Kameradschaft Treptow“ verteilt. Außerdem schreibt Detlef Cholewa regelmäßig Artikel für die *Berlin Brandenburger Zeitung* (BBZ), wo er sich ausdrücklich als Mitglied der „Kameradschaft Treptow“ geoutet hat. Weiterhin hat der leitende Redakteur der „BBZ“ Christian Wendt in der Februar/März-Ausgabe bejubelt, daß die Redaktion der *BBZ* um die Mitarbeiter des *Aufbruchs* erweitert wurde. Der *Aufbruch* war bis zum Verbot der FAP das Propagandablatt der FAP Berlin. Wie das Beispiel Cholewa zeigt, ist das auch gut gelungen.

Weitere Nazigrößen, die für die *BBZ* arbeiten oder zumindest für sie schreiben, sind u.a. Frank Schwerdt („Die Na-

tionalen“), Andreas Storr (NPD), Michael Dräger (FAP), Frank Hübner (Zt. Deutsche Liga) und Friedhelm Busch (FAP) und viele andere mehr.

Die *BBZ* ist ein mit national- und sozialrevolutionären Phrasen vollgespicktes faschistisches Blatt, das scheinheilig in alter brauner Tradition die Nöte und Ängste der Bürger vor Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Umweltzerstörung aufgreift, um ihre rassistischen, antisemitischen Scheinlösungen anzubieten. Regelmäßig verteilen junge Neonazis der „Kameradschaft Treptow“ an Treptower S-Bahnhöfen die *BBZ* kostenlos (!) an Passanten.

Wer steckt hinter dieser Nazi-Zeitung?

Zum einen die vorwiegend in Berlin und Brandenburg tätige rechtsextreme Sammelbewegung „Die Nationalen“ und zum anderen die schon erwähnte „Kameradschaft Treptow“. Die „Nationalen“ wurden Ende 1991 gegründet. Sie sehen sich als rechte Sammelbewegung, die versucht, alles was rechtsaußen steht, zu verbinden. Mittlerweile sind bei den „Nationalen“ Mitglieder der „Republikaner“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ ebenso vertreten wie Kader der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) und Mitglieder verbotener Organisationen wie der „Nationalen Alternative“ (NA), der „FAP“, der „Deutschen Alternative“ (DA) und der „Nationalen Offensive“.

Von der Polizei und den bürgerlichen Medien, aber auch von Politikern und Parteien weitgehend ignoriert, haben sich die Nazi-Kader in Berlin ein ansehnliches und gefährliches Potential rechtsorientierter und gewaltbereiter Jugendlicher herangezogen. In Schulen und Jugendclubs ist es schon längst keine Seltenheit mehr, daß Jugendliche sich offen zu ihrer Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation und zu faschistischer Ideologie bekennen.

Laut einer Studie des Bundes der Antifaschisten gibt es allein im Stadtteil Köpenick ca. 250 Neonazis. Die Zahl der Neonazis in Treptow liegt mit ihrem gesamten Umfeld bei ca. 300, was bei einem Fest im Stadtteil gut einzuschätzen war, wo die gesamte rechte Szene aus Treptow anwesend war. Nach neuesten Informationen sind auch ca. 100 von ihnen Mitglieder der NSDAP/AO. Die Zahl der „Kameraden“ der „Kameradschaft Treptow“ liegt bei ca. 30.

Zu den Abgeordnetenhauswahlen am 22. Oktober in Berlin treten in den Stadtteilen Tiergarten und Treptow auch Kandidaten der „Nationalen“ an. In Treptow ist ihr Direkt-Kandidat der schon erwähnte Detlef Cholewa. Die Nazis der „Nationalen“ werden sicherlich klar scheitern und wahrscheinlich bei 0,2% landen. Sie werden aber versuchen, sich über den Wahlkampf weiter bekannt zu machen. Um jede Art vor „normalem“ Wahlkampf der Nazis zu verhindern, hat sich auf Initiative der Treptower JRE die Gruppe „Treptower Aktionsbündnis gegen Rechts“ gegründet. Dem Bündnis angeschlossen haben sich bisher die PDS, die AG Junge GenossInnen aus Treptow, die Sozialistische Alternative Voran (SAV), die Autonome Gruppen und die Antifa Glem. Mit einer gruppenübergreifenden Telefonkette werden wir versuchen, den Infotisch und Verteilaktionen (einschließlich der REP's) zu verhindern — (Alex, JRE, Berlin-Treptow)

25 Jahre Hoechst AG Gewinner — Verlierer

Die Kurve der Beschäftigtenzahl zeigt, daß es vom Höhepunkt der Beschäftigung 1974 (67 434 Beschäftigte) bis 1988 (63 537 Beschäftigte) einen ständigen leichten Arbeitsplatzabbau gegeben hat, der sich dann bis 1995 (42 145 Beschäftigte) dramatisch verschärfte. Der Gesamtverlust an Arbeitsplätzen bei der Hoechst AG beträgt gegenüber 1974 insgesamt 25 289 = 37,5%.

Die ständig steigende Tendenz der Umsatzkurve zeigt: Eine immer kleiner werdende Belegschaft hat pro Kopf einen immer höheren Wert erwirtschaftet. Besonders rasant ist diese Entwicklung in den Jahren 1994 und 1995, in denen gleichzeitig der stärkste Personalabbau stattfindet.

Bemerkenswert ist der untypische Verlauf der Umsatzentwicklung in den Jahren 1989 bis 1993. Der Umsatz bleibt so gut wie unverändert auf einer Höhe. Während dieses Zeitraums waren die meisten leitenden Funktionen ständig mit neuen Strukturreformen und Umorganisationen beschäftigt. Offensichtlich wurde dabei die wichtige unternehmerische Aufgabe, möglichst viel Produktion zu verkaufen, stark vernachlässigt.

Besonders aufschlußreich ist die Kurve der Entwicklung des Gewinns pro Beschäftigten. In der Zeit von 1971 bis 1981 verläuft sie tendenziell leicht steigend mit starken Schwankungen. Dies ist sicher nicht zuletzt eine Auswirkung von Tarifabschlüssen erheblich über der Inflationsrate. Anfang der achtziger Jahre nutzte dann der Arbeitgeber, nicht nur bei Hoechst, die steigende Arbeitslosigkeit, um höhere Gewinne für sich durchzusetzen. Es war die Zeit, in der die Arbeitgeber mit der strategischen Propaganda, „die Gewinne von heute sind die Investitionen von mor-

gen und die Arbeitsplätze von übermorgen“ die Gewerkschaften dazu brachten, Tarifabschlüsse in Höhe der Inflationsrate, ja sogar darunter zu akzeptieren. Daraufhin schnellten die Gewinne in die Höhe, wie die Kurve für die Jahre 1983 bis 1989 dokumentiert. Die angekündigten neuen Arbeitsplätze sucht man aber in der Kurve der Beschäftigten vergeblich. Dort geht es im Gegenteil heftig bergab.

Ein geradezu dramatischer Zusammenbruch des Gewinns ereignete sich 1990–1993. Es stellt sich die Frage, was ist passiert? Hoechst hatte eine ausgeklügelte Rationalisierungs- und Umstrukturierungswelle in Gang gesetzt. Innerhalb von sechs Jahren wurde die Belegschaft der Hoechst AG durch Ausgliederungen, Betriebsschließungen und Frühpensionierungen um 20 000 Beschäftigte verringert. Die Ausgaben für diese Maßnahmen wurden nicht aus den Rücklagen, sondern aus dem laufenden Geschäft bestritten. Dies hat für Hoechst gleich zwei Vorteile: Erstens, es spart Steuern auf den Gewinn. Zweitens, der Öffentlichkeit und der Belegschaft kann erklärt werden, die Maßnahmen seien notwendig, weil der Gewinn total zusammengebrochen sei und der „Standort Deutschland“ gefährdet sei. Nachdem die Strukturmaßnahmen 1994 weitgehend abgeschlossen sind, geschieht etwas, was die Strategie der Hoechst AG deutlich macht: Innerhalb von nur zwei Jahren (1994/1995) schnellte der Gewinn in bisher nie gekannte Höhen.

Der Traum der Manager ist in Erfüllung gegangen. Mit 37,5% weniger Beschäftigten haben sie ihren Gewinn um 500% erhöht. Das ist doch sicher ein Grund für sie zum Feiern. *aus: Forum — Für die Beschäftigten der Hoechst AG, Nr. 4/95, September 1995*



Ein Warnstreik bei den Berliner Verkehrsbetrieben zwang den BVG-Vorstand, auf die Forderungen der ÖTV (Ersatzarbeitsplätze, Lohnausgleich u. ä.) einzugehen.

Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG)

Warnstreik gegen Entlassungen erfolgreich

Erneut sollen die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) 4 700 Stellen abbauen, das entspricht fast 25%. Vor wenigen Jahren waren es noch ca. 25 000 Beschäftigte, heute sind es 20 000, 1988 dann nur noch 15 300. Die Arbeitsintensität ist enorm gestiegen. Jede Erkältungswelle führt zum Ausfall von Bahn und Bussen. Reserven sind aufgebraucht. Auf der Personalversammlung am 11.9. versprachen die Spitzen von CDU und SPD, Diepgen und Stahmer, daß es keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde — Wahlkampfpropaganda. Die ÖTV forderte einen Tarifvertrag. Das Ergebnis der ersten Verhandlungsrunde schildert die nachfolgende Stellungnahme der Tarifkommission Abteilung Nahverkehr:

„Nachdem die Tarifverhandlungen am 28. September 1995 über den Tarifvertrag zur Begleitung von Konsolidierungsmaßnahmen und sozialer Absicherung der Arbeitnehmer/innen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) nach dreistündigen Verhandlungen ergebnislos auf unbestimmte Zeit vertagt worden sind, haben die Vertrauensleute der ÖTV ihre Kollegen/innen über die Verhandlungen informiert. Die Arbeitgeber haben sich in der Verhandlungsrunde den von der Gewerkschaft ÖTV ihnen am 1. September 1995 vorgelegten Tarifvertragsentwurf erklären lassen und sahen sich nicht imstande, über dessen Inhalte zu verhandeln.“

Nach dem Hinweis durch den Verhandlungsführer der Gewerkschaft ÖTV, Uwe Scharf, daß den Arbeitgebern der Entwurf über drei Wochen schon zur Beratung zur Verfügung

stand, wiesen die Arbeitgeber nur darauf hin, daß sie noch mehr Zeit benötigen und kein Mandat zur Verhandlung hätten.

Diese Verzögerungstaktik hat die ÖTV-Verhandlungskommission zurückgewiesen und sofortige Verhandlungen gefordert. Die Arbeitgeber sahen sich nicht in der Lage, selbst über einzelne Punkte des Tarifvertragsentwurfs zu verhandeln. Sie konnten keinen verbindlich neuen Verhandlungstermin nennen. Dies wurde von der Verhandlungskommission der ÖTV als Abbruch der Verhandlungen durch den Arbeitgeber gewertet.

Nach diesen Informationen legten die Kollegen/innen der BVG am 29. September 1995 mit Beginn der Frühschicht aus Verärgerung spontan die Arbeit nieder (siehe Bild, d. Red.). Durch diese solidarischen Aktionen konnte ein neuer Verhandlungstermin noch am selben Tag erzwungen werden. — Tarifkommission Abteilung Nahverkehr“.

Am 4.10. schien ein Durchbruch erreicht. Der Ausschuß von betriebsbedingten Kündigungen wurde nach schwierigen Verhandlungen vereinbart. Die Fortsetzung der Gespräche am 11.10. dagegen brachten kein Ergebnis. Urabstimmung und Streik lagen in der Luft — kurz vor den Wahlen.

Davor scheint auch der BVG-Vorstand zurückgeschreckt zu haben. In der Nacht vom 16. auf den 17.10. wurden auch die strittigen Punkte abgeschlossen: Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen inkl. Ausgleichszahlungen bei niedriger Entlohnung, Qualifizierungsmaßnahmen. — (har)

Politische Anträge an den IG-Metall-Gewerkschaftstag

Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr!

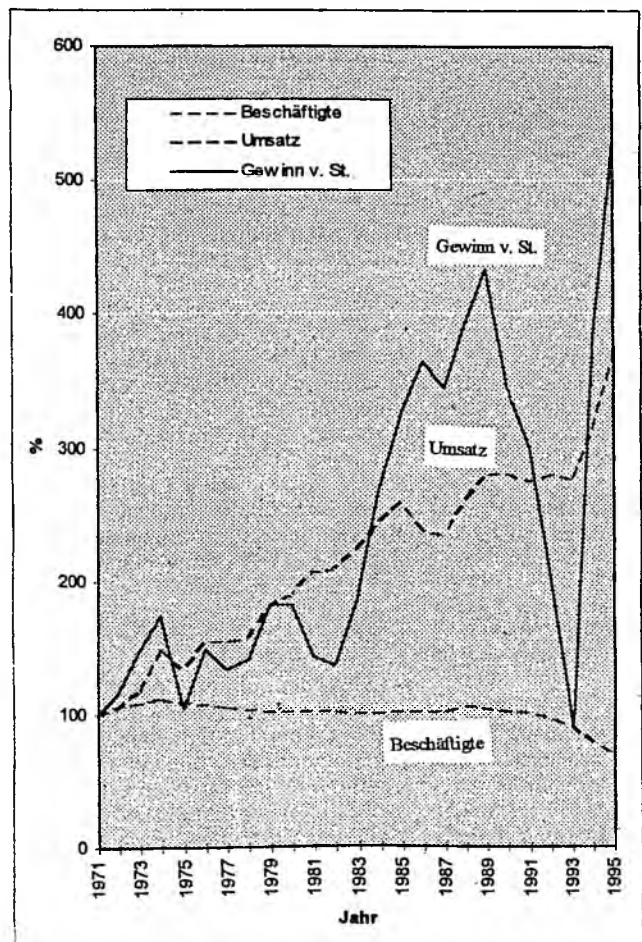
In zwei von der Antragsberatungskommission erfreulicherweise zur „Annahme“ empfohlenen Anträgen 184 und 185 der Verwaltungsstellen Weilheim und Erfurt zum IG Metall-Gewerkschaftstag in Berlin heißt es u.a.:

„Die UNO-Militärmission im ehemaligen Jugoslawien ermöglicht dort keine friedliche Entwicklung.“ Gefordert werden u.a.: „Abbau der Rüstungsausgaben“, „Stopp aller Rüstungsexporte in Krisenregionen, keine Erweiterung des Auftrages der Bundeswehr über die Landesverteidigung hinaus.“

Im Antrag 190 aus Siegburg (ebenfalls „Beschlussempfehlung: Annahme“) unterstützt die IGM auch „die Forderung nach Verbot aller faschistischen Orga-

nisationen und jeglicher faschistischen Propaganda“. Antrag 193 aus Frankfurt am Main verteidigt „das Recht der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden, sich in Vereinen zusammenzuschließen“. „Deshalb setzt sich die IG Metall für die Aufhebung der Verbote solcher Vereine ein.“ (Beschlussempfehlung: „Annahme als Material zur Entschließung 1“)

Ebenfalls nur als „Material zur Entschließung 8“ soll ein Antrag 743 aus Bremen angenommen werden: „Mit dem Ziel gleichberechtigter, bilateraler Beziehungen nimmt die IG Metall auf unterschiedlichen Ebenen den konstruktiven Dialog mit der kubanischen Metallgewerkschaft auf.“ — (aro)



Die Angaben für diese Grafik sind den Geschäftsberichten der Hoechst AG entnommen. Um die Veränderungen im Laufe der Jahre besonders deutlich zu zeigen, wurde 1971 als Ausgangsjahr gewählt (1971 = 100). Für die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen wurden die absoluten Zahlen zu Grunde gelegt. Für den Umsatz und den Gewinn wurden die absoluten Zahlen in pro Kopf-Werte umgerechnet. Da für das Jahr 1995 erst die Zahlen des ersten Halbjahres vorliegen, wurden diese verdoppelt.

Wenig Hoffnungen auf IGM-Gewerkschaftstag

Vom 29. Oktober bis 4. November diskutiert die IG Metall in Berlin über Zukunft der Tarifpolitik und über gewerkschaftliche Positionen zur Regierungspolitik

Angesichts der inzwischen grundsätzlichen Angriffe seitens Kapitalisten und Regierung auf den Flächentarifvertrag und das Tarifvertragssystem insgesamt stehen die Gewerkschaften, insbesondere der bevorstehende IG-Metall-Gewerkschaftstag vom 29.10.-4.11.1995 in Berlin vor einer Zäsur. Wie die IGM-Führung darauf zu antworten gedenkt, läßt wenig Gutes hoffen. Nachdem die „Entschließung Tarifpolitik“, auch nach außen sichtbar, 40 Jahre der entscheidende Pfeiler gewerkschaftlicher Politik war, kann es wohl kaum Zufall sein, wenn genau diese Überschrift beim entsprechenden Entschließungsentwurf erstmals nicht mehr auftaucht und stattdessen nur „Solidarität gegen Konkurrenz“ steht. Die Delegierten sind mit Sicherheit gut beraten, dies zu korrigieren, um weder Hoffnungen beim Gegner noch Irritationen nach innen in der eigenen Organisation Raum zu geben, Tarifpolitik spiele in Zukunft nur eine untergeordnete Rolle.

Positiv zu vermerken ist hingegen, daß Anträge, die die alte Forderung nach Festgeldehöhungen zugunsten der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen aufrechterhalten möchten, also auf die besondere Anhebung der Schlechterverdienenden abzielen, von der Antragsberatungskommission immerhin die Beschlußempfehlung „Annahme als Material zur E 3“ erhalten. Ebenso sollen laut Entschließungsentwurf bei Tarifforderungen wenigstens „die zu erwartende Preissteigerung, der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs und eine Umverteilungskomponente ... die Grundlagen“ bleiben.

„Ertragsabhängige Tarifbestandteile“

In höchstem Maße bedenklich ist aber eine andere Entwicklung. Kaum ein Tag vergeht derzeit, an dem die Kapitalisten und ihr Anhang nicht bei den Einkommen gezielt ihre Forderung nach „ertragsabhängiger, gewinnorientierter Lohnpolitik“ ins Spiel bringen. Die Debatte um derartige sog. „erfolgsabhängige Komponenten“ wird inzwischen sogar schon auf die Titelseiten lanciert und verschwindet nicht mehr aus der Presse. Murmann (BDA) fordert z.B. — auch im Zusammenhang mit dem Geschrei über „zu hohe Lohnnebenkosten“ — in der *Bild-Zeitung* vom 27.9.95: „Geht es einem Betrieb schlecht, müssen die Arbeitnehmer ein oder zwei Jahre auf Weihnachts- oder Urlaubsgeld verzichten.“ Überhaupt sollen nur „Grundlöhne“ bezahlt werden und darauf „von der wirtschaftlichen Lage abhängige Erfolgsprämien“. Fritz Himmelreich, ebenfalls BDA, wiederholt zwei Tage später nochmals lauthals in der *tageszeitung* diesen Ruf nach „ertragsabhängigem Urlaubs- und Weihnachtsgeld“.

Bereits 1989 hat der IGM-Gewerkschaftstag auf Initiative von Heidelberger Delegierten per Ergänzungsantrag folgenden Satz beschlossen und nachträglich in die damalige E 12 aufgenommen: „Gegen zunehmende Bestrebungen der Arbeitgeber bekräftigt die IG Metall die Ablehnung ertragsabhängiger Einkommenspolitik.“ 1992 war diese strikte Absage, sogar ausführlicher, von vornherein im E 3-Entwurf enthalten und wurde auch so verabschiedet. Leider ist aber genau dieser Absatz 1995

im Entwurf zur E 3 verschwunden. Und ein neuerlicher, ähnlich lautender Antrag 365 der Verwaltungsstelle Heidelberg soll mit der Beschluß-Empfehlung „Erledigt durch E 3“ totalbeerdigt werden.

Beziehen soll sich letzterer Vermerk wohl auf einen einzigen Satz im E 3-Entwurf, bei dem es konkret um Entgelt und Leistung geht: „Regelmäßige tarifliche Entgeltbestandteile, die ertragsabhängig sind, werden ... abgelehnt.“ Aber auch die E 3 von 1992 enthielt neben dem eigentlichen o.g. inhaltlichen Absatz gegen gewinnorientierte Lohnpolitik eine zweite treffendere Aussage zu diesem Punkt: „Der Beitrag zum Betriebsergebnis oder Unternehmensgewinn ist für die IG Metall keine Grundlage zur Festlegung von tariflichen Entgelt- bzw. Lohn- und Gehaltsanteilen.“

Vor allem erhebt sich bei der Kurzformulierung im Entwurf 1995 in diesem Zusammenhang sofort die Frage, was „regelmäßige tarifliche Entgeltbestandteile“ heißt. Naheliegender ist z.B., daß die tariflichen sog. „betrieblichen Sonderzahlungen“ (Weihnachtsgeld) oder das zusätzliche Urlaubsgeld von 50 Prozent durchaus nicht dazugehören könnten, weil sie keine regelmäßigen monatlichen Zahlungen darstellen. Erste Einbrüche in diese Richtung gewinn- und ertragsabhängiger bzw. auch Investivlohn-Modelle gibt es auch bereits. Insbesondere große Konzerne sind hier ebenfalls Vorreiter.

Bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) will der Vorstand laut *Frankfurter Allgemeine* vom 19.9.1995 dieses Jahr das Weihnachtsgeld nur zu 30 Prozent in bar auszahlen. 70 Prozent soll es erstmals in Aktien geben. VW hat gerade per Tarifvertrag die Vermögenswirksamen Leistungen gewinnbringend dem Betriebsrentenfonds einverleibt. Und Mercedes-Benz konnte diesen Sommer folgende Betriebsvereinbarung durchsetzen: „Außertarifliche Sonderzahlungen hängen künftig vom Geschäftserfolg ab. Statt der bisherigen Festbeträge werden die Mitarbeiter ab 1996 mit 4 Prozent am Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit beteiligt (wobei individuell mindestens 3270 DM brutto zu zahlen sind, Anm. des Verf.). Damit soll ein Schritt zur Leistungs- und Erfolgsorientierung unternommen werden. Für Leitende Angestellte beträgt die Abhängigkeit vom Betriebserfolg 35 Prozent“ (nach *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 12.9.95 und *Handelsblatt* vom 28.9.95).

Das Kalkül der Kapitalisten ist einfach: Selbst wenn es dabei z. Zt. vorwiegend noch um sog. „übertarifliche“ Einkommensbestandteile gehen mag — der anschließende Schritt zum tariflichen Weihnachts- oder Urlaubsgeld läge auf der Hand, gerade auch im Zusammenhang mit der berückichtigten „Lohnneben-



Demonstration von Stahlarbeitern in Duisburg gegen Lohnsenkung, 24. 1. 1992.

Foto: M. Scholz

kosten“debatte. Insgesamt wäre der Weg zur Ertragsabhängigkeit generell der Tariflöhne und -gehälter weit aufgestoßen und nach Arbeitszeit-Flexi der Durchbruch zu weiterer Differenzierung und grundsätzlicher Flexibilisierung auch der Einkommen vollzogen. Tariflöhne und -gehälter würden sich nicht mal mehr ansatzweise an dem orientieren, was die Lohnabhängigen zum Leben für ihre Existenz benötigen, sondern daran, ob und wieviel Profit gemacht wird.

Kapitalistenvertreter registrieren sehr wohl Formulierungsunterschiede, auch feine, in programmatischen gewerkschaftlichen Entschlüssen und Erklärungen. Insofern kommen die beschriebenen Vorstöße unmittelbar vor dem IGM-Gewerkschaftstag nicht von ungefähr. Als geradezu gefährlich muß angesichts dieser Lage die offizielle Stellungnahme des DGB zum jüngsten Vorstoß Murmanns (siehe oben) bezeichnet werden: „Der DGB erklärte, Murmann habe offenbar wenig Ahnung von moderner Unternehmensführung, wenn er glaube, die Motivation von Beschäftigten zu steigern, indem er sie in wirtschaftliche Unsicherheiten stürze. Eine ‚Goodwill-Zuteilung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld‘ komme nicht in Frage ... Sollten die Arbeitgeber aber darüber hinaus ertragsabhängige Komponenten einführen wollen, so stehen wir dem offen gegenüber ... Unabdingbare Voraussetzung wäre aber, daß die Unternehmen ihre Bilanzen offenlegen.“ (*Handelsblatt* vom 28.9.95) Eine Einladung, zu der sich Gesamtmetall & Co. sicher nicht zweimal bitten lassen würden. Mit „Verteidigung des Urlaubsgelds“ hat dies kaum mehr etwas zu tun.

Es bleibt angesichts gerade dieser jüngsten und sich anscheinend überstürzenden Entwicklung zu hoffen, daß sich auf dem Gewerkschaftstag erneut Delegierte finden, die z.B. im Wege eines Ergänzungsantrags zur E 3 auf einer erneuten Verabschiedung und Bekräftigung eines eindeutigen und unmißverständlich ablehnenden Passus zur Verhinderung ertragsabhängi-

ger tariflicher Einkommenspolitik bestehen, wie in der E 3 von 1992 noch formuliert. So hat z.B. in diesem Jahr auch die Verwaltungsstelle Frankfurt/M. einen Antrag 366 eingereicht (Beschlußempfehlung: „Annahme als Material an den Vorstand“), in dem es ebenfalls heißt: „Gleichzeitig versuchen die Arbeitgeber auf der betrieblichen Ebene Fakten zu schaffen durch Einführung von neuen Entgeltsystemen wie z.B. in der IT-Branche mit dem Ziel, größere Teile der bestehenden Effektiveneinkommen in leistungs- und erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile umzuwandeln ...“

„Gain-Sharing“-Modelle

In ähnliche Richtung gehen auch um sich greifende „neue Lohn- und Entgeltsysteme“. Stichworte: „Leistungsanreiz-“, „Unterbietungs-“, „Gain-Sharing-“ („Gewinnbeteiligungs-“), „Bonus-“ u.a. Modelle, die inzwischen im Zusammenhang mit „Lean Production“, „Gruppenarbeit“, „Kontinuierlichem Verbesserungsprozeß (KVP)“ oder „Total Quality Management (TQM)“ durch die Betriebe geistern. Danach sollen die Beschäftigten, um gegen „die billigeren Konkurrenten“ zu bestehen, ihre Arbeitsabläufe in einem ständigen Prozeß optimieren. Die erreichte Mehrleistung wird jeweils zum neuen Leistungsmaßstab, den es nun zu übertreffen gilt, und Leistungsdruck und Selbstausbeutung nehmen so unaufhörlich zum Wohle steigender Profite zu.

Obwohl mittels solcher Modelle ganze Tarifverträge systematisch zertrümmert werden, die vor 20 und mehr Jahren zum Schutz der Beschäftigten im Akkord- und Prämienlohn durchgesetzt, zum Teil erstreikt wurden, scheint die IG Metall auch in dieser Frage inzwischen mittendurch zerstritten, in die berückichtigten „Erneuerer“ und sog. „Traditionalisten“. Einige Bezirksleitungen wie etwa in Baden-Württemberg oder die „Abteilung Automation

Fortsetzung auf Seite 14 oben

Fortsetzung von Seite 13:

Wenig Hoffnung auf IGM-Gewerkschaftstag ... und Technik beim Vorstand" wollen im Zuge der allerorts diskutierten „intelligenteren Tarifpolitik“ auch hier mit-schwimmen. Andere wie die Bezirksleitungen in Niedersachsen und Bayern lehnen „Gain-Sharing“, „Bonus-“ u.ä. Systeme nach wie vor ab.

Der E 3-Entwurf enthält zu diesem Rationalisierungs- und Lohnsenkungs-instrument nur einen versteckten und ziemlich abgehobenen Satz: „Entgeltmodelle, in denen ein Automatismus zu einer Anhebung der Leistungsbasis führt, werden abgelehnt.“ Ein Antrag 441 der Verwaltungsstelle Neuwied (Rheinhausen), der allerdings per Beschlußempfehlung „Annahme als Material an den Vorstand“ beerdigt werden soll, formuliert dagegen viel deutlicher: „Auch weiterhin müssen die Tarifverträge gewährleisten, daß Entlohnungssysteme, die auf eine permanente Kürzung der Leistungsvorgaben abzielen (z.B. Gain-Sharing und ähnliche Modelle), tarifwidrig bleiben.“ Auch in dieser Richtung wäre zu wünschen, daß der Gewerkschaftstag deutliche Grenzen zieht und erkämpfte grundlegende Standards und Errungenschaften verteidigt.

Arbeitszeitverkürzung und voller Lohnausgleich

Auch hier scheinen im Zuge der VW-Lohnverzichtabschlüsse bzw. Beschäftigungssicherungstarifverträge bedenkliche Entwicklungen weiter fortzuschreiten. Offensichtliches Beispiel dafür ist, wie z.B. mit zehn Anträgen verfahren werden soll, die die 30-Stunden-Woche fordern und zwar mit vollem Lohnausgleich. Sie werden allesamt mit der Beschlußempfehlung „Erledigt durch Antrag 370“ versehen. In diesem zur Annahme empfohlenen Antrag aus Bamberg, den Walter Riester als Zweiter Vorsitzender der IG Metall nicht zufällig extra in Interviews als „sehr vernünftig“ (Frankfurter Rundschau, 25.9.95) anpreist, heißt es jedoch nur völlig allgemein, ohne konkrete Festlegung in irgendeiner Richtung: „Der Vorstand wird aufgefordert, unter den Mitgliedern eine breite Diskussion über unsere zukünftigen Vorstellungen zur Arbeitszeit in Gang zu setzen, bevor neue Festlegungen getroffen werden.“ Zum vollen Lohnausgleich äußert sich der Antrag mit keinem Wort, sondern läßt bewußt alles offen, so wie in diesem Punkt auch die E 3 selbst nur „Fragen“ stellt und „Fragezeichen“ setzt.

Der Vorschlag, vorher eine gründliche und längere Debatte zu führen, ob in den kommenden Jahren generell weitere Wochenarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich für alle oder nur bei besonderen Belastungen gefordert werden soll, oder ob nicht stattdessen z.B. Altersteilzeit o.ä. als Alternativen in Betracht kommen, hat durchaus was für sich. Schaden kann aber eine Vorabfestlegung durch die Delegierten des Gewerkschaftstages dahingehend, daß im Fall des Kampfes für weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit dies nur mit vollem Lohnausgleich geschehen kann, sicher nichts. Im Gegenteil, dies dürfte bitter nötig sein.

„Zeitsouveränität/Zeitkonto“ und Kapovaz

Seit Walter Riesters Zeit(konten)bombe in der Münchner Tarifnacht sind inzwischen sechs Monate vergangen. In vielen Betrieben hatten und haben Betriebsräte seither noch größere Probleme, einigermaßen akzeptable Betriebsvereinbarungen zur Umsetzung der 35-Stundenwoche hinzubekommen. Die

Flexi-Regelungen bei VW und Opel tun ein übriges. In der Zeitkontendebatte hat jetzt Klaus Zwickel als Erster Vorsitzender der IG Metall den absoluten Hammer beigegeben. Die Bild-Zeitung vom 25.9.95 fragt ihn dazu im Interview: „Und wer seine Überstunden lange genug anspart ...“ Zwickel: „... der kann dann z.B. drei Monate Urlaub machen. Oder er sagt: Ich habe jetzt 2000 Stunden Guthaben. Die letzten drei Jahre vor der Rente möchte ich statt 35 nur noch 20 Stunden in der Woche arbeiten. Die fehlenden 15 Stunden hebe ich von meinem Konto ab.“ Keineswegs ist das nur so dahingesagt, sondern rein rechnerisch stimmt es und ist deshalb wohl auch so gemeint. Nur müssen die Betroffenen vorher auch z.B. drei Jahre lang eine monatliche Überstundenklopperei von bis zu 65 Stunden hinter sich gebracht haben. Und bei einem Alter von

weit über 50 bis zu 60 Jahren würden viele ihre angesparte Freizeit im Bett, Krankenhaus oder gleich unter der Erde abfeiern müssen.

„Vorrang soll die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer haben“, wird Walter Riester in IGM-„direkt“ vom 29.9.95 zitiert. Wie und ob diese wirklich tariflich durchgesetzt und abgesichert werden soll und kann, ist zweifelhaft. Auch bei Mitbestimmung und Vetorechten der Beschäftigten und Betriebsräte bezüglich der Leistungs- und Personalbemessung ist man über Forderungen kaum hinausgekommen. Eher ist zu befürchten, daß die Beschäftigten über die Einrichtung von Zeitkonten noch mehr den berüchtigten „betrieblichen Belangen“, sprich der Auftragslage der Kapitalisten und ihren Schwankungen unterworfen werden. Piechs „atmende Fabrik“ und die „intelligente“ Opel-Ver-

einbarung (31 bis 38,75 Stunden ohne Zuschläge) lassen grüßen. Der Druck auf die Zulieferer und Betriebsräte wird noch unerträglicher.

Der Trend zur „kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit (Kapovaz)“, „nach Maß“, „Arbeitsanfall“ oder „Saison“ steigt ständig. Wo bei zweimonatiger Ankündigungsfrist für Opel konkret bei Arbeitszeitänderungen die „individuelle Zeitsouveränität der Beschäftigten“ bleibt, ist schleierhaft. In Bochum ist die Arbeitszeitspanne sogar bis 40 Stunden beantragt. Auch Mercedes-Benz hat inzwischen die „atmende Fabrik“ übernommen und im Werk Gaggenau per Betriebsvereinbarung einen Korridor von 30 bis 43,75 Stunden (!) durchsetzen können. Verhandelt wird in beiden Konzernen noch zusätzlich über Ausgleichszeiträume von zwei bis drei Jahren.

Klaus Zwickel scheint jedenfalls zu „auftragsorientierten“ Arbeitszeitmodellen seinen Segen geben zu wollen: „Ein Betrieb bekommt einen Großauftrag, dann müssen alle Mann an Deck sein. Gibt es eine Auftragsflaute, kann vielleicht die halbe Belegschaft vorübergehend frei machen“ (Bild-Zeitung, 25.9.95) Schuftan allein nach dem Kommando der Kapitalisten — Kapovaz in Reinkultur.

Wer sich das IGM-„Standpunkt“-Heft vom September („Bewegte Zeiten“) anschaut, muß noch Schlimmeres befürchten. Dort werden gleich elf weitere Flexi-Beispiele geschildert und propagiert: Bei VAW Aluminium in Hannover können gesetzund tarifwidrig zehn Urlaubstage geschleppt werden. Bei Siemens-Nixdorf in Paderborn heißt es: „Richtschnur dafür, wann und wie lange gearbeitet wird, ist die termingerechte Lieferung der anstehenden Aufträge.“ Und bei Buderus in Lollar trägt die Vereinbarung gleich den Titel: „Absatzabhängige saisonabhängige Verteilung der betrieblichen Arbeitszeit.“

Daß Überbelastung, Mehr-Jahres-Arbeitszeitkonten, Verkäufen und Anrechnen von Urlaub bis hin zu flächendeckenden Kapovaz-Regelungen verhindert und kollektive Schutzbestimmungen verteidigt werden müssen, darüber ist eine grundsätzliche Verständigung in der IG Metall wirklich dringend nötig, gerade auf dem Gewerkschaftstag. Sprüche wie „Die Zeit der ‚Zinnsoldaten‘, der ‚starrten Arbeitszeiten‘ ist vorbei“ sind aus dem Mund von Vorstandsmitgliedern angesichts der drastischen Folgen der Auflösung einheitlicher Regelungen völlig unverständlich.

Von der Antragsberatungskommission wenigstens zur „Annahme als Material zur E 3“ empfohlen wird ein Antrag 393 aus Heidelberg, in dem es u.a. heißt: „Bestrebungen nach kapazitätsorientierten Arbeitszeitregelungen weist die IG Metall strikt zurück. Dies gilt z.B. für Modelle für Freischichten oder Gleitzeitinanspruchnahme statt Kurzarbeit, mit denen die Beschäftigten an konjunkturelle, betriebliche oder saisonale Auftragschwankungen gebunden werden und das Unternehmerrisiko noch mehr auf die Beschäftigten abgewälzt wird.“

Der E 3-Entwurf selbst stellt zu Kapovaz-Tendenzen nur lapidar fest: „Der Druck auf die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, sich ... saisonalen Schwankungen anzupassen, nimmt zu.“ Gefordert wird gerade mal, „einseitigen Flexibilisierungswünschen der Arbeitgeber Einhalt zu gebieten“ und die „Arbeitszeiten nicht zum Spielball einzelbetrieblichen Kalküls geraten zu lassen.“ Daß das in der tarifpolitischen Entscheidung zu wenig ist, auch darüber sollten sich die Delegierten in Berlin hoffentlich einigen können und entsprechende klarere Beschlüsse fassen und Schranken ziehen. — (aro)



Köln, 24. 2. 1994: Warnstreik der IG Metall.

Foto: af/mz

IG METALL GEWERKSCHAFTSTAG: DOKUMENTIERT

Aus EntschlieBungen und Anträgen

Entwurf der EntschlieBung 3 zur Tarifpolitik

Entgeltmodelle, in denen ein Automatismus zu einer Anhebung der Leistungsbasis führt, werden abgelehnt. Regelmäßige tarifliche Entgeltbestandteile, die ertragsabhängig sind, werden ebenfalls abgelehnt.

365 Antragsteller: VWSt Heidelberg

Der 18. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die IG Metall bekräftigt ihre Ablehnung einer ertragsabhängigen tariflichen Einkommenspolitik. Tariflichen Konzepten, Löhne und Gehälter an den wirtschaftlichen Erfolg („Betriebserfolg“) der einzelnen Unternehmen zu binden. Sogenannten ertragsabhängigen Lohnkomponenten oder Ertragszulagen ist ebenso eine Absage zu erteilen wie Investivlohnmodellen. Das Betriebsergebnis oder der Unternehmensgewinn sind keine Grundlage zur Festlegung von tariflichen Entgelt- bzw. Lohn- und Gehaltsanteilen. Tarifliche Einkommenspolitik muß weiterhin Mindestarbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten sichern und am sozialen Bedarf orientiert sein. (Beschlußempfehlung: Erledigt durch E 3)

393 Antragsteller: VWSt Heidelberg

— Zum Schutz und zur Sicherung wirklicher Zeitsouveränität und individueller Wünsche der Beschäftigten sind entsprechende tarifliche Bestimmungen wie Reklamations- bzw. Vetorechte für die Beschäftigten bzw. Betriebsräte zu erarbeiten und durch-

zusetzen.

— Durch kollektive Regelungen ist zu gewährleisten, daß die Beschäftigten tatsächlich Einfluß und Entscheidungsgewalt über ihre individuelle Arbeitszeitgestaltung erhalten und nicht die Betriebe bzw. deren Auftragslage faktisch das Kommando über ihre Arbeitszeit besitzen.

— Bestrebungen nach kapazitätsorientierten Arbeitszeitregelungen weist die IG Metall strikt zurück. Dies gilt z.B. für Modelle für Freischichten oder Gleitzeitinanspruchnahme statt Kurzarbeit, mit denen die Beschäftigten an konjunkturelle, betriebliche oder saisonale Auftragschwankungen gebunden werden und das Unternehmerrisiko noch mehr auf die Beschäftigten abgewälzt wird.

— Ein Ansammeln von Arbeitszeit ist auf maximal 10 Stunden pro Woche und 70 Stunden insgesamt zu begrenzen. Mehr-Jahres-Arbeitszeitkonten und Lebensarbeitszeitregelungen sind abzulehnen.

— Freizeitausgleichsbestimmungen sind in möglichst engem Raum zu halten. Einer Ausweitung des derzeitigen Ausgleichszeitraumes von 12 Monaten (z.B. im Rahmen einer Verlängerung des Beschäftigungssicherungstarifvertrages) ist daher eine Absage zu erteilen.

— Eine Abgeltung von Urlaub ist (mit Ausnahme bei Kündigung, längerer Krankheit oder Tod) nicht möglich. Urlaub dient der Erholung und ist weiterhin grundsätzlich im Kalenderjahr in Freizeit zu nehmen. (Beschlußempfehlung: Annahme als Material zur E 3)

Kein Verfahren gegen Kurdistan-Solidarität

Staatsschutzkammer in München stellt Verfahren wegen Verkauf des „Kurdistan-Reports“ ein

In folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einem schon zu Beginn des Verfahrens von Rechtsanwalt Hans-Eberhardt Schultz gestellten Antrag, der noch einmal die Hintergründe des Verfahrens und insbesondere die anhaltende öffentliche Hetze gegen alle mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes solidarischen Personen und Vereinigungen in der BRD beschreibt.

Aus: Einstellungsantrag von Rechtsanwalt Schultz, Bremen

In dem Strafverfahren gegen Frau B. Wolf u. a. wird beantragt, das Verfahren wegen eines unbeheblichen Verfahrensmangels nach § 260 Abs. 3 StPO i. V. m. Art. 6 EMRK durch Urteil einzustellen.

Begründung:

Die öffentliche Vorverurteilung der Angeklagten durch eine beispiellose Hetze gegen die angeblich terroristische PKK und alle diejenigen, die mit ihr in Verbindung gebracht werden — auch deutsche „Sympathisanten und Stroh-männer“ — durch bundesdeutsche Massenmedien, staatliche Stellen und führende Politiker in den letzten Jahren, die Verwirkung des Strafanspruchs durch die Mitverantwortung des deutschen Staates bei der Eskalation des schmutzigen Krieges des türkischen Militärregimes in Kurdistan und der in der Strafverfolgung liegende Verstoß gegen zwingendes Völkerrecht machen ein faires, rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr möglich, so daß das Verfahren wegen eines unbeheblichen Verfahrensmangels nach § 260 Abs. 3 StPO i. V. m. Art. 6 EMRK durch Urteil einzustellen ist.

Die von der Staatsschutzkammer des Landgerichts zugelassene Anklage der Staatsanwaltschaft wirft meiner Mandantin vor, durch den Vertrieb mehrerer Exemplare verschiedener Ausgaben der Zeitschrift *Kurdistan Report* durch den Inhalt mehrerer Artikel, die sich mit den Verhältnissen im Kurdistan-Konflikt beschäftigen und ein Foto auf der Rückseite sowie das auf der Vorderseite abgebildete „ERNK-Symbol“ eine mit Betätigungsverbot des Bundesministers des Inneren belegte Vereinigung unterstützt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, sie hätten jeweils durch ihr Verhalten alte und potentielle neue Mitglieder der PKK und der ERNK bestärken und zum Weitermachen ermuntern wollen; sie seien sich bewußt gewesen, daß sie dadurch den Zusammenhalt dieser beiden Vereinigungen gefördert und somit den Betätigungsverboten zuwider gehandelt hätten.

Jeder, dem eine Unterstützung der PKK und ERNK vorgeworfen wird, wird durch die öffentliche Vorverurteilung mit „Terrorismus und anderer schwerer Kriminalität“ in Verbindung gebracht, obwohl der deutsche Staat durch die umfassende politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung des türkischen Militärregimes, die Weigerung, auf eine politische Lösung hinzuwirken, und eine Politik der „konsequenten Durchsetzung des PKK-Verbots“ die angebliche Straftat selbst mit verursacht hat. Darüber hinaus verstößt die Strafverfolgung nicht nur gegen die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit, sondern auch gegen zwingendes Völkerrecht.

I. Sachverhalt.

1. Hier kann und soll nur auszugsweise und beispielhaft dargelegt werden, worauf sich die Feststellung einer massiven öffentlichen Vorverurteilung der PKK und ihrer (angeblichen) Unterstützer als „Drahtzieher massiver krimineller Aktivitäten in der BRD“ stützt:

— Am 10.11.1993 fand im Bundestag eine aktuelle Stunde „betreffend Anschläge terroristische Kurdenorganisationen auf türkische Einrichtungen in Deutschland und die deutsch-türkischen Beziehungen“ statt. Die dem stenografischen Bericht dieser 188. Sitzung des Deutschen Bundestages entnommenen Äußerungen einiger führender Politiker belegen, wie im Schnellschuß ohne Beweise die PKK als Täter und Drahtzieher einer Serie von Anschlägen aus dem Jahre 1993 ausgemacht wird. So stellte Bundesminister des Innern Kanther fest:

„Es ist kein Zweifel, daß die Auseinandersetzungen, die Kurden geführt von der PKK gegen Türken in unserem Land betreiben, an Brutalität und Gewalttätigkeit zugenommen hat.“

Kanther machte „terroristische Akte der PKK hier bei uns und überall in der Welt“ aus und fügte hinzu:

„Hier denke ich, meine Damen und Herren, wird das Gastrecht mißbraucht. Wir dürfen nicht zulassen, daß auf deutschem Boden vor allem den ausländischen Mitbürgern Leid zugefügt wird. Die Mittel und Methoden der PKK, wie wir sie kennen — Schutzgeld-erpressung, Brandanschläge, Geiselnahme, Überfall und auch Mord — sind kriminell und müssen mit dem Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden.“

Bundesaußenminister Dr. Kinkel stellte in seiner Rede fest, daß „... der durch ausländische Mitbürger verübte Terror in unserem Land uns mit Abscheu erfüllt“. Und weiter u. a.: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die PKK mit ihren Terrorangriffen z. Z. das Gesetz des Handelns in Südost-Anatolien bestimmt und daß sie eine Bedrohung für den türkischen Staat darstellt ... Wir dürfen nicht länger hinnehmen, daß militante kurdische Gruppen in Deutschland versuchen, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen.“

Die außergerichtlichen Verurteilungen der PKK auf Basis unbewiesener Tatsachenbehauptungen setzt sich auch im Jahre 1995 anlässlich vielfältiger Anschläge auf türkische Geschäfte und andere türkische Einrichtungen fort. So tönt der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im deutschen Bundestag, Wolfgang Zeitelmann, daß der „PKK-Terror unerträglich“ sei und fordert:

„Die jüngsten Anschläge und Ausschreitungen kurdischer PKK-Extremisten und ihrer Sympathisanten in Deutschland sind ein gezielter Mißbrauch unserer Rechtsordnung. Der zunehmenden Militanz von in Deutschland lebenden PKK-Aktivisten muß mit aller Entschiedenheit begegnet werden.“ (Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe vom 31. 7. 1995).

In der Bundestagsitzung vom 16. 2. 1995 zum Antrag von Abgeordneten der PDS für einen unbefristeten Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden erklärte der Abgeordnete Schmidt/Fürth für die CDU/CSU u. a.:

„Selbst wenn man — was ich auch bestreite — die PKK nach den theoretischen Rastern als Freiheitsbewegung ansehen könnte, genügt für uns die Äußerung hinsichtlich der Bundesrepu-

Die drei Beschuldigten in dem Verfahren waren angeklagt, durch Verbreitung von sechs Exemplaren der Zeitschrift *Kurdistan-Report* auf einem öffentlichen Büchertisch im Zusammenhang mit einer Mahnwache den Straftatbestand der „Werbung für eine verbotene Vereinigung“ erfüllt zu haben. Hier ihre Presseerklärung:

„Nach zwei Verhandlungstagen wurde am Dienstag, den 17. 10. 1995 das Verfahren gegen Hans-Joachim Kemper (Verteidigerin Angelika Lex, München), Brigitte Wolf (Verteidiger Hans-Eberhardt Schultz, Bremen) und Martin Fochler (Verteidiger Michael Moos, Freiburg) nach § 153 Absatz 1 und 2 StPO eingestellt. Für ihre Zustimmung zur Einstellung stellte die Staatsanwaltschaft folgende Bedingungen:

1. Frau Wolf sollte auf mögliche Entschädigungsansprüche wegen einer im Rahmen der Dauermahnwache mit Hungerstreik erfolgten vorläufigen Festnahme mit anschließender erkenntnisdienstlicher Behandlung verzichten.

2. Alle Angeklagten sollten auf Schritte gegen die formlose Einziehung von je drei Heften des *Kurdistan-Reports* Nummer 68 und 69 verzichten.

Brigitte Wolf erklärt zu ihrem Verzicht auf Entschädigungsforderungen, daß es als Erfolg anzusehen sei, daß die Festnahme- und ED-Behandlungs-

blik Deutschland, die von der PKK bzw. ihrem politischen Arm als „Staatsfeind Nr. 2“ bezeichnet wird, um sie ganz explizit als in der Praxis — wir wissen das von ihren Taten — terroristisch zu definieren. Im übrigen schadet diese kommunistische PKK — Arbeiterpartei ist mit Sicherheit nicht das richtige Wort: Kommunisten haben immer nur vorgegeben, für die Arbeiter da zu sein, sie haben sie aber immer mißbraucht — den Interessen der kurdischen Bürger in der Türkei ganz entschieden. Sie gefährden in Deutschland die innere Sicherheit ...“

(...)

2. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß zahlreiche Massenmedien, allen voran die sich als Spitze der PKK-Verfolgung und -Diffamierung verstehende, in München erscheinende Postille *Focus* die PKK so qualifiziert:

— „Terroristische PKK“ (*Focus* 28/1995)

— „Ferngesteuerter Terror der PKK“ (*Focus* 31/1995)

— „Kommunistische Terrororganisation“ (*Focus* 13/1995)

— „Politkriminelle“ (*Der Spiegel* 13/1994)

— „Terroristisch versierte Kader der kommunistischen PKK“ (*Der Spiegel* 13/1994)

— „Terroristische Arbeiterpartei Kurdistans“ (*Faz*, 16. 9. 1995)

Auch diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, was den Rahmen dieses Antrages sprengen würde. (...) Von besonderer Bedeutung ist in unserem Zusammenhang die Vorverurteilung durch das Münchner Magazin *Focus* in seiner Hetze gegen „die deutschen Helfer der radikalen Kurden“ — so der Titel eines Artikels in der *Focus*-Nr. 49/1994 mit der Unterüberschrift: „Ein Netzwerk aus Antifa-Gruppen, PDS und Grünen durchkreuzt das Verbot der PKK“. In dem Artikel werden deutsche

praxis, die sich die Münchner Polizei angewöhnt hat, von der Staatsschutzkammer des Landgerichtes als fragwürdig bzw. entschädigungsreif gewertet wurde.

Die Einziehung der beiden Ausgaben des KR nahmen die Angeklagten hin, weil sich im Verfahren zeigte, daß es außerordentlich schwer ist, als bloßer Verbreiter einer Publikation die von drei Berufsrichtern bereits vorgenommene inhaltliche Wertung der Absichten der Herausgeber zu widerlegen.

Nach der Einstellung unter den genannten Bedingungen steht fest, daß niemand behaupten darf, daß das Tun der Angeklagten habe gegen das Vereinsgesetz, d. h. das Betätigungsverbot von PKK bzw. ERNK verstoßen.

Eine Schlußfolgerung aus dem Verlauf des Verfahrens ist, daß die Übermittlung von Tatsachen und Meinungen aus authentischen kurdischen Quellen an die deutsche Bevölkerung durch die Handhabung des Verbots ganz erheblich gefährdet ist.

Um die bedenkenlose Türkeipolitik der Bundesregierung abzusichern, wollen reaktionäre Innenpolitiker wie Kanther und Beckstein einen Automatismus festklopfen: Erwähnung politischer Ziele der PKK = Verbot der Publikation. Das würde die kurdische Realität aus der Meinungsbildung in der BRD ausblenden.“

Presseerklärung des Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitees, 17. 10.

Politiker und Rechtsanwälte, die mit vollem Namen genannt und fotografisch abgebildet werden, als „Stroh-männer“ und „Strohfrauen“ der angeblich „wegen terroristischer Umtriebe verbotenen“ PKK diskriminiert. Wie üblich wurden diese Artikel in den regierungsnahen türkischen Zeitungen *Hürriyet*, *Milliyet* und *Türkiye* in großer Aufmachung wiedergegeben. (...) Nur am Rande sei hier vermerkt, daß damit die genannten deutschen „Unterstützer“ und „Stroh-männer“ zum Abschluß durch fanatische türkische Nationalisten wie die faschistischen „Grauen Wölfe“, Kontra-Guerilla-Kräfte usw. freigegeben werden ...

3. Studiert man die Presseartikel zur PKK, findet man immer wieder die diffamierende Behauptung, die PKK finanziere sich zu nicht unerheblichen Teilen durch Drogenhandel, basierend auf Politikeräußerungen und Erklärungen von Vertretern einiger örtlicher Ermittlungsbehörden. Dies, obwohl noch nie gerichtsverwertbare Tatsachen nachgewiesen wurden und von kompetenter polizeilicher Seite immer wieder betont wird, für diese Behauptung — die PKK sei in den Drogenhandel involviert — gebe es nach wie vor keinerlei Belege ...

4. Eine besondere Rolle im Rahmen der öffentlichen Vorverurteilung spielen weiter die jüngsten Anschläge auf türkische Lokale und andere Einrichtungen. Hierzu hat die Polizei nach Presseberichten in diesem Jahr von Mitte Februar bis Ende April 148 Anschläge auf türkische Einrichtungen in der BRD registriert, für die Bundesinnenminister Kanther in mittlerweile bekannter Manier bisher vor allem die PKK verantwortlich gemacht hat. Beweise hierfür gibt es jedoch nicht, geschweige denn Verurteilungen. Eine genauere Unter-

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 14:

suchung selbst der Polizeiangaben spricht jedoch schon eine andere Sprache: Zum Beispiel für Nordrhein-Westfalen wird mitgeteilt, daß dort allein 41 der 148 Anschläge registriert wurden, aber lediglich neun Tatverdächtige ermittelt worden sind und lediglich vier Anschlägen Täter eindeutig zugeordnet werden konnten. (*Süddeutsche Zeitung*, 22./23.4.1995), und auf eine kleine Anfrage der PDS hat die Bundesregierung im August 1995 mitgeteilt, dem BKA seien für 1994 und Januar 1995 78 Brandanschläge auf türkische Einrichtungen bekannt, von denen die Ermittlungsbehörden 16 — also gerade ein Fünftel — der PKK zurechnen. Selbst Staatsminister Schmidbauer, Geheimdienstkoordinator des Bundeskanzleramts, der den PKK-Anteil an den Anschlägen im Jahre 1995 auf 80 % schätzt, weist gleichzeitig darauf hin, daß die Beweise hierfür „rar“ seien. (*Focus*, 13./1995) (...)

6. Die strafrechtliche Verfolgung verstößt gegen zwingendes Völkerrecht, weil der nationale Befreiungskampf Kurdistans unter Führung der PKK den UNO-Resolutionen und Genfer Protokollen zum legitimen Kampf gegen koloniale und rassistische Unterdrückung entspricht.

In den Verfahren wegen des Verbots kurdischer Vereinigungen durch Bundesinnenminister Kanther im November 1993 haben die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die die zentralen Vereine vertreten (Kurdistan-Komitee e.V., FEYKA-Kurdistan, Berxwedan-Verlag und kurdische Nachrichtenagentur Kurd-HA) das umfassende Gutachten des renommierten Völkerrechtlers Prof. Dr. jur. Norman Paech aus Hamburg vorgelegt.

In seinem 39-seitigen Gutachten kommt der Sachverständige zum Ergebnis,

„daß der türkisch-kurdische Krieg in Süd-Ost-Anatolien ein internationaler Konflikt im Sinne Art. 1, Abs. 1, Protokoll I ist. In ihm kämpft die PKK als legitime Vertreterin der kurdischen Völker um die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts und die Einhaltung der Menschenrechte. Abgesehen von völkerrechtswidrigen Angriffen auf Zivilpersonen und zivile Objekte ist ihr Kampf gegen das türkische Militär gerechtfertigt. Sie ist dementsprechend weder eine terroristische Vereinigung noch verstößt ihr Kampf gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Eine „Störung des friedlichen Zusammenlebens zwischen Kurden und Türken“ liegt vielmehr in der Weigerung der tür-

kischen Regierung, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden anzuerkennen.“ (...)

... die Bundesregierung scheut sich nicht, den NATO-Partner Türkei weiterhin politisch, wirtschaftlich und militärisch massiv zu unterstützen, trotz aller Kritik die Waffenlieferungen von bisher mehr als 10 Milliarden DM unbeirrt fortzusetzen, obwohl sie gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt werden und — wie dargelegt — jeden Einsatz für eine politische Lösung zurückzuweisen. Dadurch ist sie zumindest mitverantwortlich dafür, daß das türkische Militär nach wie vor das sogenannte „Kurdenproblem“ ausschließlich mit militärischen Mitteln lösen will, also auch mitverantwortlich für die Eskalation des schmutzigen Krieges in Kurdistan und damit indirekt auch mitverantwortlich für die angeblichen Straftaten, die meiner Mandantin durch Verbreitung des *Kurdistan-Reports* vorgeworfen werden, in denen auf die Völkermordpolitik des türkischen Militärs hingewiesen werden.

(...) Der Verstoß gegen zwingendes Völkerrecht ergibt sich aus den obigen Ausführungen zum völkerrechtlich legitimen Charakter der PKK als nationale Befreiungsbewegung. Deshalb kann ihre Unterstützung nicht strafbar sein. Allenfalls könnte dies die konkrete Unterstützung der durch das Verbot des Bundesinnenministers vom November 1993 „inkriminierten Handlungen“, d.h. also die tatkräftige Unterstützung der angeblich im Namen der PKK/ERNK begangenen Gewalttaten von Kurden in Deutschland ...

Eine Unterstützung von gewalttätigen Aktionen, die der PKK/ERNK in der Bundesrepublik zugerechnet werden, wirft aber nicht einmal die Anklage den Angeschuldigten vor.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß das vorliegende Strafverfahren wegen eines unbeheblichen Verfahrensmangels durch Urteil einzustellen ist.

Anfang November erscheint:

ERGEBNISSE und MATERIALIEN der Herbstkonferenz „Bund Westdeutscher Kommunisten — Bundeskonferenz“ vom 14./15. Oktober 1995 in Köln.

Umfang ca. 28 Seiten, Preis 3,50 DM.
Bestellungen ab sofort bei:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7,
50674 Köln.

schaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

TERMINE

21.-26.10.: 3. o. Gewerkschaftstag der IG Medien in Bielefeld.

22.10.: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksvertretungen in Berlin.

26.-29.10.: Der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ veranstaltet in der Pasinger Fabrik in München seine „Herbstakademie“. Anmeldungen an Markus Dosch, Heßstr. 130a, 80797 München.

28.10.: Jahrestreffen der Redaktion der „Sozialistischen Zeitung“ (VSP), Köln.

28./29.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion im Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD im Raum Darmstadt. Thema ist „Unsere Gewerkschaftsarbeit“. Auch interessierte Nicht-Mitglieder können teilnehmen, Anmeldungen bei der KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

29.10.-4.11.: Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin.

2./4.11.: Bundesjugendkongreß von Bündnis 90/Die Grünen in Troisdorf.

3.-5.11.: Die „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD (DIDF) e.V.“ führt in Köln im Jugendgästehaus, An der Schanz 14, ihren 10. Kongreß durch. Anmeldungen an: DIDF, Jägerstr. 77, 47166 Duisburg, Tel. 0203/553289, Fax: 0203/553804.

4.11.: „Aufstehen gegen die Sozialleistungskürzungen“. Demonstration in Bonn, ab 11 Uhr Münsterplatz. Es rufen auf die BAGs der Sozialhilfeinitiativen, BAG gegen Erwerbslosigkeit und Armut, Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen, Arbeitslosenverband Deutschland u.a.

6.-8.11.: Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. in Erfurt. Anmeldungen an: BAG Wohnungslosenhilfe, Postfach 130148, 33544 Bielefeld, Tel. 0521/1443613.

13.11.: Ein überregionales Bündnis ruft zu einer Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der berüchtigten „Saarlandbrigade“ der Bundeswehr auf. Treffpunkt: 16.30 Uhr, Marktplatz Wadern. Infos bei „Aktion 3. Welt Saar“, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/6982.

14./17.11.: SPD-Bundesparteitag in Mannheim.

17.-19.11.: „Geld ist genug da“. 3. sozialpolitischer Kongreß über Reichtum in Deutschland in Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9. (siehe Seite 3)

18.11.: Kurdistan-Solidaritätsgruppen, kurdische Organisationen und andere rufen zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Verbote kurdischer Organisationen in der BRD auf. Ort: Köln.

25./26.11.: In Köln tagt der Herausgeberkreis der *Antifaschistischen Nachrichten* im Jugendgästehaus, An der Schanz 14, ab 13 Uhr. Prof. Martin Bennhold referiert über „Völkische Traditionen und Perspektiven in der deutschen Außenpolitik“, PDS-MdB Ulla Jelpke über „Revanchismus, Nationalismus“ und Aktivitäten gegen die Vertriebenenverbände. Anmeldungen an: GNN-Verlag, Köln.

24./26.11.: Die „Kampagne gegen Rüstungsexport“ berät auf einem öffentlichen Seminar/Vernetzungstreffen im Kinderschloß Ockstein in 61169 Friedberg-Ockstadt über ihre weiteren Aktivitäten gegen „Rüstungsexporte in den 90er Jahren“. Anmeldungen an das Büro der Kampagne, Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein.

25.11.: 10. Journalistinnen- und Journalistentag der Fachgruppe Journalismus der IG Medien im „Haus der Kulturen der Welt“ in Berlin, Thema: „Hände weg von den Medien. Informationsfreiheit: Ein Grundrecht in Gefahr“.

Anmeldungen bis spätestens 10. November an: IG Medien, Fachgruppe Journalismus, z. Hd. Marion Picard, PF 102451, 70020 Stuttgart.

1./3.12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne, Bremen.

1 9 9 6

27./28.1.: 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg.

1./3.3.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Mainz.

10. März: Kommunalwahlen in Bayern.

24. März: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Mai: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Oktober: Kommunalwahlen in Niedersachsen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schleuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemein-

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schleuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schleuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- o 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- o im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).
- o Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

o Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

21/95

Das Konzept der revolutionären Kunst dieses Jahrhunderts war das der Avantgarde: mit diesem eigentlich militärischen Begriff war die Vorreiterrolle gemeint, die Kunst sowohl bezüglich der Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft wie auch hinsichtlich des utopischen Entwurfs einer kommenden, sozialistischen Gesellschaft haben sollte. Revolutionär verstand sie sich dabei in doppelter Bedeutung, einmal bezogen auf eine Umwälzung des traditionellen Kunstbegriffs und ästhetischen Materials, dann aber auch als explizit politische Kunst, die durch den Schock, den sie auslöst, auf soziale Mißstände hinweist. Schließlich war dem Avantgardegedanken die Idee immanent, über kurz oder lang an der Aufhebung der Kunst in die Gesellschaft zu arbeiten, der Kunst eine Gebrauchsfunktion zu geben und den Gegenständen des alltäglichen Bedarfs durch Kunst eine ästhetische Dimension zu geben, nicht als schmückender Zusatz, sondern als Verschönerung, die sich unmittelbar aus der Funktion der Dinge ableitet.

Von Torsten Bröhan und Thomas Berg herausgegeben und zusammengestellt, liegt mit dem Buch „Avantgarde Design 1880-1930“ nun ein preiswertes Kompendium der Designgeschichte vor, wenngleich – und das betrifft den einzigen, aber schwerwiegenden Mangel des Buches – die hier entfaltete Geschichte des Designs keine kritische ist, sondern vielmehr in der Manier eines Auktionskatalogs (beide Autoren sind als Kunsthändler tätig) formuliert wurde. Das heißt, und ist auch gar nicht gering zu schätzen: eine anständige Arbeit, was den chronologischen Abriß und biographische Darstellung des Materials angeht. Der Leser erfährt alle nötigen Daten, die die Geschichte des Designs geprägt haben, von den Anfängen in der Arts & Crafts-Bewegung bis hin zum Bauhaus und DeStijl.

Aber unterschlagen wird die Spannung, die sich allein zwischen den Begriffen Design und Avantgarde schon aufbaut. Und es ist doch durchaus eine diskutierbare Frage, ob denn Design überhaupt als Kunst gelten kann, ob nicht Kunst, die schon derart mit Design verzahnt ist, überhaupt noch welche sei? Von solcher Sicherheit gehen die Autoren aus und setzen mit dem machtvollen Wort an: „Design ist sicher eines der bedeutendsten und faszinierendsten Kulturphänomene im 20. Jahrhundert ... Durch ... spektakuläre Ausstellungsereignisse rückte ‚Design‘ als eigenständige Kunstform neben Malerei, Plastik, Architektur und Fotografie.“ (7)

Ist dieser Kurzschluß, Design gleich Kunst, gerechtfertigt? Gert Selle hat in „Die Geschichte des Designs in Deutschland“ diese Gleichung infrage gestellt: „In Büchern, Ausstellungen und Museen ist oft nichts über die Produktionsverhältnisse zu erfahren, unter denen die Designobjekte entstanden sind, und meist ebenso wenig über die Rezeptionsverhältnisse und über die Regeln des historisch-tatsächlichen Gebrauchs. Wo immer so Designgeschichte im kunsthistorischen Sinne eingeengt ‚an sich‘ dargestellt wird, da werden Fehleinschätzungen geradezu provoziert, vor allem dadurch, daß die abgebildeten oder ausgestellten Gegenstände unbemerkt zu Kunstwerken avancieren.“¹ Selles Kritik ist für das Buch von Bröhan und Berg mehr als zutreffend.

Freilich ist die Losung, Design sei Kunst, auch von Designern selbst behauptet worden, und gewiß sind gerade im Bauhaus-Umfeld Fragen des Designs aufgeworfen worden, die für eine humane Gestaltung von Produkten von höchster Bedeutung sind; kurzum: auch im Sozialismus haben die Dinge schließlich ein Aussehen, was schön oder häß-

lich sein kann. Doch es darf nicht vergessen werden, daß unser Jahrhundert des Designs auch das der Barbarei war, wobei das Design das seine dazu beigetragen hat, das realgeschichtliche Grauen mit dem schönen Schein auch zu verschleiern und vergessen zu machen. Von besonderem Interesse ist deshalb die Dialektik zwischen politischer Geschichte und formästhetischer Verschönerung der Dingwelt. Erst in dieser Dialektik kann das Design als „eines der bedeutendsten Kulturphänomene“ in Betracht gezogen werden. Doch die Autoren haben nicht den Anspruch, kunstund kulturphilosophische Fragen aufzuwerfen; sie scheinen selbst schon dem schönen Schein des Designs zu verfallen: die von ihnen präsentierte Geschichte des Designs ist die Geschichte der reinen Illusion.

Durchaus reden die Autoren von dem sozialen Charakter, der im Design mitschwingt, Stichwort Industriedesign. Der Werkbund-Designer Peter Behrens etwa repräsentiert einen Stil „gegen eine luxuriös gestaltete ästhetische Kultur für eine begüterte Elite“ (15). Soziales Engagement ist hier verdichtet mit den Erfordernissen der Industrie. Die Forderung nach „Formkultur auf breiter Basis“ (15) vergrößerte zunächst nur die Absatzmärkte der Industrie von Massenprodukten. Die Erfindung des Designs und die Etablierung des Designs als Kunst markiert die Bruchstelle in den Künsten, die in der Folge zur Spannung zwischen Avantgarde und Warenästhetik geführt hat. Die seinerzeit am Bauhaus erhobene und zum Teil auch umgesetzte Formel „Aufhebung der Unterscheidung zwischen ‚freier‘ und ‚angewandter‘ Kunst“ (16) markiert diesen Wendepunkt, der beides war, zugleich eine historische Chance der Avantgarde im möglichen Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen, aber auch die Wirklichkeit sozialer Umbrüche, denen sich Künstler allein des nackten Überlebens willen zu fügen hatten. Die Ambivalenz in der Konstituierung des Designs kommt dabei nicht deutlich hervor: zu schnell werden Umbrüche in der Kunst auch Umbrüchen im sozialen Gefüge gleichgesetzt. Sie sind aber lediglich parallel und doch getrennt: das Diktum „form follows function“ (die Form folgt der Funktion) ist revolutionär nur in künstlerisch-ästhetischer Hinsicht; die Interessen der revolutionären politischen Bewegungen hat es nur gestreift. Die Schlichtheit und „ästhetische Ehrlichkeit“ (22) eines Toastständers, eines Stuhls zum Ausruhen, einer Obstschale darf nicht mit dem Blick der Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden: kann solches Design denn wirklich für die Massen sein? Ist ein Toastständer selbst in seiner konstruktiven Reduktion nicht schon Ornament des falschen Bedürfnisses? Hat denn ein Fabrikarbeiter um die Jahrhundertwende Zeit, um sich auf dem Designermöbel auszu-ruhen, oder Geld für Obst, um es stil-
lebenshaft in der skulpturierten Schale zu arrangieren?

Hier wirft sich zweifellos die Frage auf, ob Avantgarde und Design nicht einander ausschließen, ob nicht diese unglückliche Paarung den Fehlschlag der Avantgarde-Bewegung forciert hat.



Zur Kritik des Design

Gerade an dem Programm, die gestalterische Aufmerksamkeit auf die Alltagswelt zu richten, scheiterte die Avantgarde: weil ihr Werkzeug und ihr begrifflicher Apparat noch immer der Elitkultur entlehnt war, die sie zu durchbrechen hoffte. Deshalb lastet auf den Dingen, die in diesem Buch zu sehen sind, ein Doppeltes. Von den revolutionären Formen sind viele nahtlos zum gewöhnlichen Aussehen heutiger Gebrauchsgegenstände geworden. Dieses Buch provoziert nun das Déjà vu, Gegenstände als Kunst präsentiert zu bekommen, die man sonst aus dem Kaufhaus kennt, die Kaffeekanne, das Teeservice. Andererseits aber das Detail, der kleinen Unterschied, die Arabeske an dem, was heute längst Kitsch ist, Duplikat aus den Fabriken der Billiglohnländer, oder verklärte Antiquität, das sich die „begüterte Elite“ als wertvolles Sammlerobjekt zurückholt. Design ist nicht das Feld, was sich innerhalb der Kunst im 20. Jahrhundert entwickelt hat, sondern was Kunst angreift, sie in ihren Grundfesten von Autonomie und Souveränität erschüttert: Design zeigt an, daß Kunst zunehmend weniger ein Prozeß der ästhetischen Reflexion wird, sondern vielmehr einer von Warenlogik.

Anfang der 70er Jahre gab es die Tendenz, den Begriff des Designs kritisch zu revidieren und seine Funktion im Kapitalismus soweit aufzuklären, daß alle Forderung nach Verschönerung der Dinge als Illusion zu entlarven ist. Dazu Wolfgang Fritz Haug: „Das einzige Design – also der einzige Plan –, der fürs Kapital zählt, ist das Profitstreben ... In kapitalistischer Umwelt kommt dem Design eine Funktion zu, die sich mit der Funktion des Roten Kreuzes im Krieg vergleichen läßt ... Es betreibt Gesichtspflege und verlängert so, indem es an einigen Stellen verschönernd wirkt und die Moral hochhält, den Kapitalismus wie das Rote Kreuz den Krieg. Das Design hält so durch eine besondere Gestaltung die allgemeine Verunstaltung aufrecht.“² Diese Sätze gewinnen heute ihre unabdingbare Aktualität, wenn aus dem Design als Produktgestaltung und -werbung sich mittlerweile ein Produktionszweig im Kapitalismus entwickelt hat, der von den Produzenten oftmals als besonders kreative Arbeit wahrgenommen wird,

die sich den üblichen Lohnarbeitsverhältnissen entzieht (tatsächlich wird die ungeklärte tarifliche Situation in diesen Bereichen oftmals auch fälschlich als Chance wahrgenommen, das schnelle Geld machen zu können). So muß es geradezu schon als reaktionär erscheinen, wenn vermeintlich kritische Intellektuelle diesen Trug auch noch theoretisch untermauern, indem „der Aufgabenbereich des Designs ... sich nicht im Objekt-Design (erschöpfer soll), sondern ... bereits bei der Einrichtung der Lebensverhältnisse und der Prägung von Verhaltensformen“ beginnen möge, wie Wolfgang Welsch prognostiziert.³ Gerade vor dem Hintergrund der Haug'schen Design- und Warenkritik klingt Welsch's Forderung, mit dem Design „die Rahmen-Bedingungen unserer Lebensverhältnisse zu verändern“ hilflos und nach purer Bejahung der zentralen, das heißt sozial-ökonomischen Verhältnisse.⁴ Und doch kann ja gar nicht geleugnet werden, daß bei insgesamt häßlichen Verhältnissen das Recht auf Verschönerung des eigenen Alltags ganz legitim ist. Mindestens die Frage aus den frühen Tagen des Designs, ob solche Verschönerung nicht auch Waffe der Kritik werden kann, muß heute ebenso beschäftigen wie die Antwort, daß das Design rückblickend diese Kritikfähigkeit nicht nur nicht entwickelte, sondern aller Kritikmöglichkeit bislang auch diametral entgegen wirkte. – (rob)

Seitenangaben aus: Torsten Bröhan / Thomas Berg, *Avantgarde Design 1880-1930* (Französisch, Englisch und Deutsch), Benedikt Taschen Verlag: Köln 1994, 176 S. mit zahlreichen Abbildungen, 29,95 DM.

Quellen:

- 1 Gert Selle, *Die Geschichte des Designs in Deutschland von 1870 bis heute. Entwicklung der industriellen Produktkultur*, Köln 1978, S. 8
- 2 Wolfgang Fritz Haug, *Kritik der Warenästhetik*, Frankfurt/Main, 1992, S. 174f.
- 3 Wolfgang Welsch, *Ästhetisches Denken*, Stuttgart 1990, S. 217
- 4 ebd., S. 218; Welsch begreift hier den Rahmen wörtlich als das, was das Zentrum, die sozialen Zentralbedingungen umund einrahmt.